



Die
Bundesregierung

Deutschland und Afrika: Konzept der Bundesregierung



Bilder auf der Titelseite:

Links oben: Brandenburger Tor in Berlin, Deutschland

Rechts oben: Solarpanel für ein Gesundheitszentrum, Mali

Bildmitte: Laborant bei der Überprüfung der Wasserqualität, Tansania

Links unten: Kinder mit deutscher Fahne in Nouakchott, Mauretanien

Rechts unten: Hillbrow Tower in Johannesburg, Südafrika

Afrika und Deutschland: Die Schwerpunkte der Bundesregierung in Kürze	5
I. Afrika und Deutschland – eine gleichberechtigte Partnerschaft	6
II. Universelle Werte und deutsche Interessen	11
III. Instrumente zur Umsetzung deutscher Afrikapolitik	17
1. Frieden und Sicherheit: Afrikanische Eigenverantwortung stärken	17
2. Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte: Offene Gesellschaften fördern	24
3. Wirtschaft: Chancen gemeinsam nutzen	29
4. Umwelt und Klima: Kooperationen bilateral, regional und global stärken	37
5. Energie und Rohstoffe: Versorgung sichern, Ressourcen nachhaltig gewinnen und nutzen	41
6. Nachhaltige und wissensbasierte Entwicklung: Neue Ansätze unterstützen	45
IV. Einbettung der deutschen Afrikapolitik	57
1. Afrikapolitik auf europäischer und internationaler Ebene	57
2. Mit Afrika in multilateralen Foren	58
V. Deutsche Afrikapolitik – mit einer Stimme sprechen	59
VI. Ausblick: Deutschland als Partner Afrikas	61
Glossar	62

KARTE DER REGION



Stand: Juni 2011

KONZEPT DER BUNDESREGIERUNG

Afrika und Deutschland: Die Schwerpunkte der Bundesregierung in Kürze

Afrika: Ein Kontinent, geprägt durch enormen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel, aber auch durch Widersprüche. Einerseits fordern Bürgerinnen und Bürger den Schutz der Menschenrechte und die Verwirklichung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Hohe, in einigen Staaten zweistellige Wirtschaftswachstumsraten und eine erstarkende Zivilgesellschaft sind Zeichen des Aufschwungs. Regionale Integration, unter anderem in der Afrikanischen Union, bringt Afrika dem Ziel näher, Krisen auf dem Kontinent selbst zu lösen. Länder wie China, Indien oder Brasilien haben Afrika als politischen und wirtschaftlichen Partner entdeckt. Andererseits ist das Bild Afrikas aber weiterhin auch geprägt durch Armut und Konflikte, wie im Sudan, in der Elfenbeinküste, in Somalia, im Kongo, in Simbabwe oder in der Sahel-Region.

Die **deutsche Afrikapolitik** beruht auf einer realistischen Einschätzung des Kontinents. Sie gründet auf universellen Werten und ist zugleich von Interessen geleitet. Sie berücksich-

tigt, dass die Menschen in Afrika in erster Linie selbst für ihren Kontinent verantwortlich sind.

Die Kooperation Deutschlands mit Afrika umfasst heute weit mehr als Krisenbewältigung und Entwicklungszusammenarbeit. Sie setzt auf die **Chancen und Potenziale** des Kontinents und seiner Menschen. Hierzu konzentriert sie sich auf sechs Schlüsselbereiche unserer Werte und Interessen:

- **Frieden und Sicherheit**
- **gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte**
- **Wirtschaft**
- **Klima und Umwelt**
- **Energie und Rohstoffe**
- **Entwicklung, Bildung und Forschung**

Für den Erfolg der deutschen Afrikapolitik ist ein abgestimmtes und koordiniertes Handeln der Bundesregierung und der mit ihr kooperierenden nationalen und internationalen Organisationen unerlässlich. Dieses stellt sicher, dass deutsche Afrikapolitik in sich schlüssig ist, sich realistische Ziele setzt und unseren Werten und Interessen dient.

Das vorliegende Konzept behandelt im Wesentlichen gesamtafrikanische Aspekte. Die Umbrüche in Nordafrika und die sich hieraus ergebenden Konsequenzen lassen sich in diesem

Kontext noch nicht abschließend bewerten. Mit dem Afrika-Konzept schlägt Deutschland ein neues Kapitel enger Partnerschaft mit Afrika in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft auf.

I. Afrika und Deutschland – eine gleichberechtigte Partnerschaft

Afrika wandelt sich rasant – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Die Mehrheit der über eine Milliarde Afrikaner fordert Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte. Dies gilt aktuell nicht nur in den Ländern Nordafrikas, sondern auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. In einer zunehmenden Zahl von afrikanischen Staaten übernehmen **verantwortungsbewusste Regierungen** die Führung und werden von einer aktiven Zivilgesellschaft kontrolliert.

Die Einbindung des Kontinents in die globale Wirtschaft schreitet voran. Im Durchschnitt ist **Afrikas Wirtschaft** seit der Jahrtausendwende um knapp sechs Prozent pro Jahr und damit stärker als im Weltdurchschnitt gewachsen. Diese Entwicklung wird in einigen

Ländern Afrikas bereits von einer wachsenden Mittelschicht getragen – bei allen nach wie vor bestehenden sozialen Ungleichheiten.

Wie unter einem Brennglas zeigen sich auf dem afrikanischen Kontinent die globalen Entwicklungen: Die Bedeutung der alten europäischen Industrieländer nimmt ab, während der Einfluss anderer Länder rapide zunimmt. Staaten wie China, Indien oder Brasilien haben ihr politisches und wirtschaftliches Engagement in Afrika massiv verstärkt. Afrika ist zudem mittlerweile selbst ein **Akteur auf globaler Bühne** und bestimmt mit seinen 54 Staaten (einschließlich des neuen Staates Südsudan) die Zukunft globalen Regierens mit.

Afrika spricht zunehmend mit einer Stimme. Die 2002 gegründete **Afrikanische Union (AU)** und Initiativen wie der Gegenseitige Afrikanische Bewertungsmechanismus („African

Peer Review Mechanism“) sind Meilensteine dieser Entwicklung. Regionalorganisationen wie die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Economic Community Of West African States – ECOWAS), die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (Southern African Development Community – SADC) oder die Ostafrikanische Gemeinschaft (East African Community – EAC) treiben die **regionale Integration** voran und übernehmen Verantwortung in der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur.

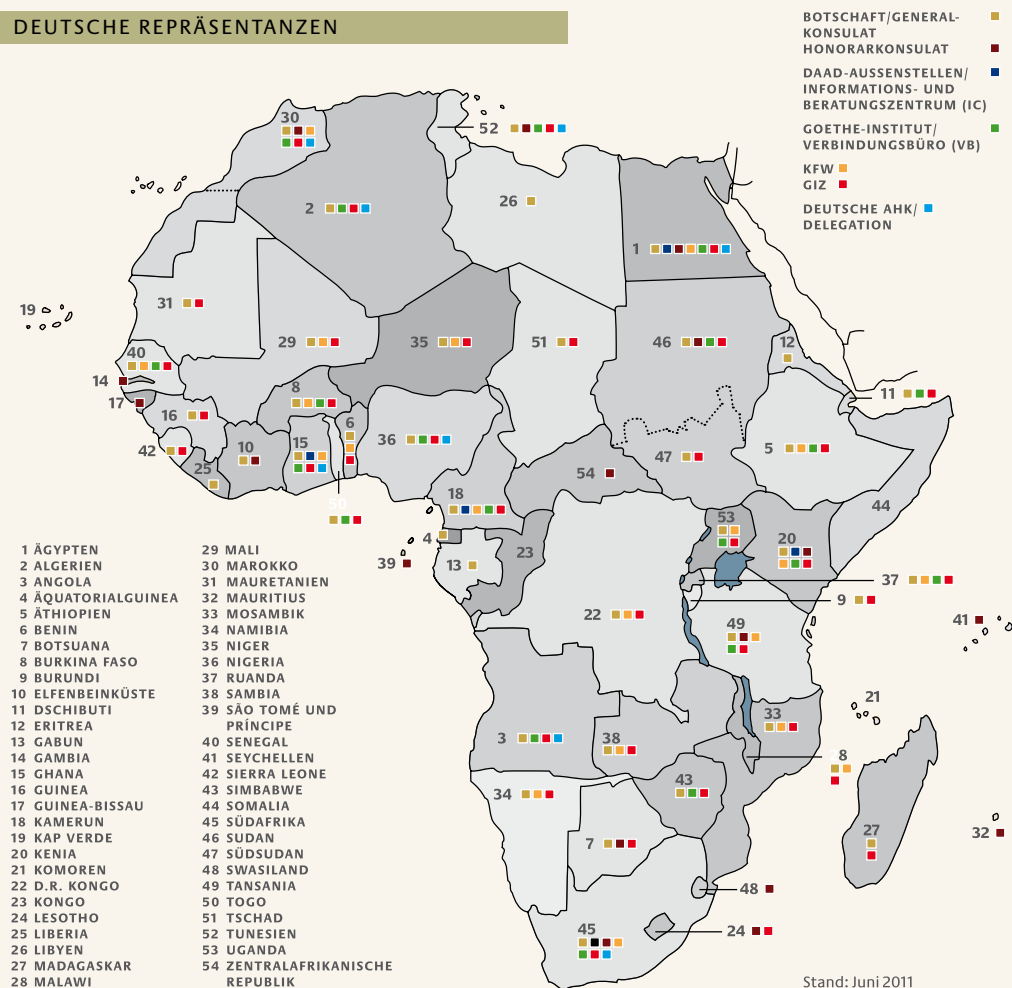
Diesem positiven Bild des Wandels, der Chancen und des Aufbruchs stehen jedoch noch immer **massive Herausforderungen** gegenüber: Armut und Hunger, Korruption, Krankheiten wie HIV/Aids oder Malaria, innerstaatliche Konflikte, ethnische Spannungen und fragile Staatlichkeit bis hin zur Gefahr von zerfallenden Staaten sind auf keinem Kontinent so verbreitet wie in Afrika. Menschenrechtsverletzungen und mangelnde Rechtsstaatlichkeit prägen noch immer Teile des Kontinents.

Landflucht, rasante Urbanisierung und hohe Geburtenraten kommen hinzu. Die Umbrüche in Nordafrika bergen große Chancen für eine demokratische Entwicklung. Aber noch sind die Prozesse fragil.

Deutsche und europäische Kooperation mit Afrika ist weit mehr als Entwicklungszusammenarbeit. Die Europäische Union und die Staaten Afrikas haben ihre Beziehungen 2007 beim EU-Afrika-Gipfel in Lissabon mit der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie auf eine neue Grundlage gestellt. Die Werte, Interessen und Ziele der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie bilden den Rahmen auch für die deutsche Politik.

Deutschland und Afrika verbindet eine lange **gemeinsame Geschichte**. Sie reicht von der Kolonialzeit Deutschlands mit Namibia, Tansania, Ruanda, Burundi, Kamerun und Togo bis zur Unterstützung, die Deutschland den Ländern Afrikas seit ihrer Unabhängigkeit hat zukommen lassen. Heute unterhält Deutschland mit allen Staaten Afrikas diplomatische Beziehungen, mit Botschaften in fast allen Hauptstädten des Kontinents. Deutschland ist auch einer der größten Handelspartner des Kontinents, genießt hohes Ansehen und ist insgesamt ein attraktiver Partner für Afrika: Deutsche Produkte stehen für Qualität, die Zusammenarbeit mit Deutschland für Verlässlichkeit. Deutsche Erfahrungen mit Föderalismus, politischen Koalitionen, Nachbarschaftspolitik und Konfliktprävention während des Kalten Krieges sowie aus dem Umgang mit der deutschen

DEUTSCHE REPRÄSENTANZEN



Wiedervereinigung werden als hilfreich geschätzt. Auch Europa und Deutschland ziehen Nutzen aus Fortschritten in Afrika. So war das Protokoll für die Rechte von Frauen in Afrika von 2003 („Maputo-Protokoll“) eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt.

Der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel Afrikas sowie die fortbestehenden Herausforderungen verlangen auch von der deutschen Politik neue Antworten. Für eine **wirkungsvolle Afrikapolitik** muss die Bundesregierung mit einer Stimme sprechen. Aus diesem Grund legt die Bundesregierung – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – ein Afrika-Konzept vor. Es trägt den Potenzialen ebenso wie den Herausforderungen auf unserem Nachbarkontinent Rechnung und präsentiert Schritte zur verstärkten Abstimmung der deutschen Afrikapolitik. Es bildet deren Rahmen und dient als Grundlage für spezifischere Länder- und thematische Strategien, die der großen Vielfaltigkeit des afrikanischen Kontinents gerecht werden.

Das Afrika-Konzept benennt Eckpunkte des gemeinsamen Handelns der Bundesregie-

rung in Afrika. Die Bundesregierung will damit eine **Partnerschaft auf Augenhöhe** verwirklichen, die gemeinsame Antworten Deutschlands und Afrikas auf globale, regionale und nationale Herausforderungen findet. Querschnittlich wird dabei berücksichtigt, Männer und Frauen gleichberechtigt am Entwicklungsprozess zu beteiligen und langfristig eine Verbesserung der Stellung von Frauen und ihre Gleichstellung zu erreichen.

Das Afrika-Konzept definiert in seinem ersten Teil die Werte und Interessen, die unsere Politik leiten, und nennt die Ziele deutscher Afrikapolitik. Der zweite Teil beschreibt die Instrumente, mit denen die Bundesregierung ihre Ziele in den genannten Bereichen verfolgt. Es schließt sich die Darstellung der internationalen Einbettung deutscher Afrikapolitik an, gefolgt von den Grundlagen der Abstimmung der an der Afrikapolitik beteiligten Bundesministerien und anderen Akteure und Akteurinnen.



II. Universelle Werte und deutsche Interessen

Die universellen Menschenrechte gelten weltweit und sind für Deutschland und die afrikanischen Staaten rechtlich bindende Verpflichtungen. Die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker („Banjul-Charta“), die Charta der Afrikanischen Union und weitere Dokumente wie die Afrikanische Charta zu Demokratie, Wahlen und Regierungsführung sowie die Charta der Vereinten Nationen benennen diese Werte explizit. An ihnen lässt sich Afrika messen.

Die deutsche Politik dient der **Verwirklichung der Menschenrechte** als „Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Artikel 1 Grundgesetz). Unsere Partner in Afrika sind dabei an erster Stelle jene Länder, die diese Werte teilen. Eine freie und aktive Zivilgesellschaft (also Kirchen, Medien, Gewerkschaften, Verbände und Nichtregierungsorganisationen) ist unabdingbar für die Verteidigung der Menschenrechte. Für Deutschland sind daher auch afrikanische und deutsche **Zivilgesellschaften** herausgehobene Partner, die wir verstärkt einbinden. Darüber hinaus tritt die Bundesregierung für die Wahrung der Menschenrechte im Dialog mit jenen

afrikanischen Regierungen ein, die andere Werte als wir vertreten. **Deutsche Menschenrechtspolitik** in Afrika kämpft gegen die Straflosigkeit schwerer Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deutschland setzt sich für die Einhaltung und Stärkung internationaler Flüchtlingsstandards ein.

Die strukturelle Benachteiligung von Frauen, die sich nicht zuletzt in geschlechtsspezifischer Gewalt manifestiert (wie die immer noch weitverbreitete weibliche Genitalverstümmelung), oder systematische sexuelle Gewalt in Konflikten sind weitere Formen von Menschenrechtsverletzungen. Deutschland bekämpft diese gemeinsam mit afrikanischen Partnern. Durch zahlreiche Projekte unterstützt die Bundesregierung die Belange von Frauen in Afrika als Akteurinnen des Wandels.

Die Bundesregierung setzt sich weltweit für die Abschaffung der Todesstrafe ein. In 32 Ländern Afrikas gilt noch immer die Todesstrafe, auch wenn sie vielerorts nicht mehr vollstreckt wird. Togo und Burundi haben 2009 die Todesstrafe abgeschafft; diese Beispiele zeigen, dass gerade in Afrika die Förderung einer innerstaatlichen Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe zu Ergebnissen führt. In vielen, auch afrikanischen

Gesellschaften werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Homosexualität wird in zahlreichen afrikanischen Staaten auch strafrechtlich verfolgt.

Die Bundesregierung fördert die Akzeptanz sexueller Minderheiten und die Straffreiheit von Homosexualität vor allem durch Aufklärungsarbeit von Nichtregierungsorganisationen und den Dialog mit Verantwortlichen.

Über den international eingeforderten Schutz der Menschenrechte und die Verwirklichung gesellschaftlicher **Grundwerte** wie Freiheit und Gerechtigkeit hinaus lassen sich eine Reihe deutscher Interessen an der Partnerschaft mit Afrika benennen. Dabei stehen Ziele in sechs gleichrangigen Bereichen deutscher Afrikapolitik im Vordergrund:

1. Frieden und Sicherheit

Unsere obersten Interessen sind Frieden und Sicherheit in unserer Nachbarschaft. Bürgerkriege und der Zerfall staatlicher Ordnung, Terrorismus, Umweltzerstörung, Piraterie, organisierte Kriminalität, transnationaler Drogenhandel sowie Migrations- und Flüchtlingsbewegungen haben unmittelbare Auswirkungen auch auf Deutschland. Die Staaten Afrikas haben mit der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur Verant-

wortung für den Frieden auf ihrem Kontinent übernommen. Deutschland unterstützt sie dabei, auch im Rahmen der Vereinten Nationen. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Konfliktprävention. Dort, wo afrikanische Kapazitäten fehlen, oder bei schwerwiegenden Krisen ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich im Rahmen des Völkerrechts auch unmittelbar zu engagieren. An erster Stelle steht jedoch die **Stärkung afrikanischer Eigenverantwortung**.



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Nelson Mandela

2. Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte

Es liegt im Interesse deutscher Afrikapolitik, guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten weltweit Geltung zu verschaffen. Ein demokratisch verfasstes, rechtsstaatliches Gemeinwesen bildet langfristig die beste Garantie für Stabilität und nachhaltige Entwicklung. Rechtsstaatlichkeit schafft außerdem die zum Schutz deutscher Investitionen nötigen Rahmenbedingungen. Die Verwirklichung aller Menschenrechte ist ein zentrales Anliegen Deutschlands, denn nur auf dieser Grundlage können sichere und offene Gesellschaften in Afrika gefördert werden.

3. Wirtschaft

Deutschland hat als eine der führenden Handelsnationen ein natürliches Interesse an freiem Welthandel, einer diversifizierten afrikanischen Wirtschaft, zunehmender Integration der afrikanischen Märkte untereinander und in die Weltwirtschaft sowie an steigendem Wohlstand in Afrika. Gleichzeitig sind Auslandsinvestitionen im Interesse afrikanischer Länder, denn sie schaffen Arbeitsplätze, sorgen für Bildung und Ausbildung und können zu **nachhaltigem Wirtschaftswachstum** beitragen. Der Abbau tarifärer und nicht tarifärer Handels-

hemmnisse sowie handelsverzerrender Maßnahmen ist bedeutsam, um das Entwicklungspotenzial Afrikas zu verwirklichen. Die Bundesregierung unterstützt deshalb Afrikas Bemühungen um regionale wirtschaftliche Integration und die WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde, insbesondere zur Liberalisierung des Welthandels. Die derzeit von der EU und vielen afrikanischen Staaten geführten Verhandlungen über regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zielen auf die verstärkte Einbindung Afrikas in die Weltwirtschaft und die Entwicklung des Kontinents ab. Deutschland unterstützt die weitere Öffnung der europäischen Märkte für afrikanische Produkte. Ziel der deutschen Afrikapolitik ist eine Partnerschaft, die sich sowohl an den Stärken der deutschen Wirtschaft als auch an der wachsenden Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika sowie den Chancen und Besonderheiten afrikanischer Märkte orientiert.

4. Umwelt und Klima

Afrika ist mit vielen drängenden Umweltproblemen konfrontiert. Die Herausforderungen bei der Wüstenbekämpfung, bei Wasser-, Abfall- und Chemikalienmanagement, bei nachhaltiger Energieversorgung und dem Schutz der biologischen Vielfalt sind in den letzten Jahren gestiegen. Der **Klimawandel**



bedroht die Ernährungssicherung, steigert Gesundheitsrisiken und gefährdet Entwicklungserfolge Afrikas. Sinkende Erträge in der Landwirtschaft wegen Wassermangel oder Bodenerosion können zu Nahrungsmittelkrisen, Migration und Konflikten um knappe Ressourcen führen mit Auswirkungen auch auf Deutschland und Europa. Afrikas Wälder leisten wichtige Beiträge zur Armutsbekämpfung, zur Ernährungssicherung und zur Rohstoffgewinnung. Sie stabilisieren zu einem bedeutenden Teil das globale, also auch unser Klima. Der Erhalt von Afrikas einzigartiger biologischer Vielfalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder sind aus ökologischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und ethischen Gründen auch im deutschen Interesse.

5. Energie und Rohstoffe

Die deutsche Wirtschaft ist auf Rohstoffimporte angewiesen. Afrika ist ein bedeutender Produzent wichtiger fossiler Energieträger wie Erdöl und Erdgas und besitzt großes Potenzial für die Nutzung von Sonnen-, Wind- und Wasserkraft. Der Kontinent verfügt über große Vorkommen von Rohstoffen wie Coltan, Wolfram oder Platin, die für die Hochtechnologieindustrie benötigt werden. Zugleich herrscht in weiten Teilen Afrikas Energiemangel – Kraftwerke

sind veraltet, ineffizient und schädigen die Umwelt. Umfassende Kooperationen und **Rohstoffpartnerschaften**, wie in der Rohstoffstrategie der Bundesregierung beschlossen, können die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen sichern, die staatlichen Einnahmen der Lieferantenländer erhöhen und die Modernisierung von Infrastruktur und Wirtschaft in Afrika unterstützen. Mit der Entwicklung afrikanischer Energiesysteme hin zu höherer Effizienz und mit stärkerem Einsatz erneuerbarer Energien fördert die Bundesregierung zudem deutsche Exporte und Investitionen.

6. Nachhaltige und wissensbasierte Entwicklung

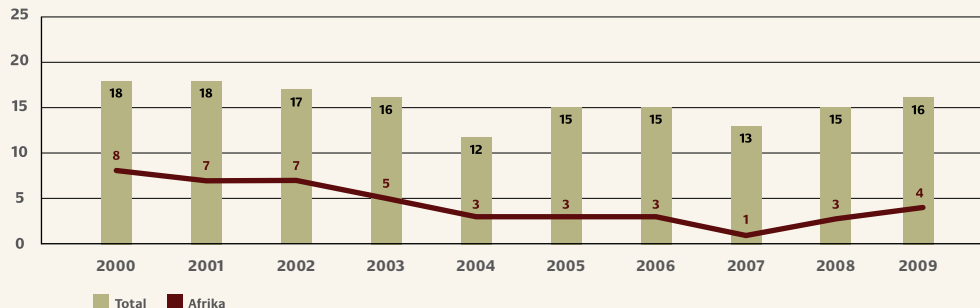
Die Unterstützung der Entwicklung unserer afrikanischen Partner bleibt ein wichtiger Teil der deutschen Afrikapolitik. Die Entwicklung Afrikas liegt im Eigeninteresse Deutschlands, denn sie stärkt Sicherheit und Wachstum und schafft die Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit. **Nachhaltige Entwicklung** ist der Schlüssel für die Verwirklichung der Menschenrechte, von Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit sowie einer Gesellschaft, die ihren Bürgerinnen und Bürgern politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe gewährt. Entwicklung reduziert so Ursachen irregulärer Migration.

Entwicklung, so eine wesentliche Erkenntnis der Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, muss aber auch aus den Gesellschaften selbst kommen. Entwicklungszusammenarbeit muss sich an den Politiken und Systemen der Partner orientieren.

Die Afrikapolitik der Bundesregierung stellt Selbsthilfefähigkeit, das Potenzial des Einzelnen und die besondere Rolle von Frauen sowie die Eigenverantwortung und Entwicklungsorientierung der Partner in den Mittelpunkt. Entwicklungszusammenarbeit wird in wachsendem Maße ergänzt durch andere Kooperationsformen, zum Beispiel in Bildung, Forschung und im Kulturaus-

tausch. Langfristig soll die Entwicklungszusammenarbeit in eine **wirtschaftliche Zusammenarbeit** überführt werden. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Menschenrechte zu schützen, Armut und Hunger reduzieren zu helfen und ein breitenwirksames, sozial und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum als Motor nachhaltiger Entwicklungsprozesse zu fördern. Dabei sind wirkungsvolle Ergebnisse der Entwicklungspolitik und effizienter Einsatz der Mittel zentrale Maßstäbe. Stärkerer bilateraler Handel und Investitionsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen tragen auch dazu bei, die Entwicklungszusammenarbeit langfristig überflüssig zu machen.

Anteil der afrikanischen Konflikte an bewaffneten Konflikten weltweit



Quelle: Jahrbuch des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2010

III. Instrumente zur Umsetzung deutscher Afrikapolitik

Auf der Grundlage unserer Werte und Interessen sind die Ziele der deutschen Afrikapolitik auf die Gegebenheiten der afrikanischen Staaten und Gesellschaften ausgerichtet. Afrika und Deutschland wollen als Partner auf Augenhöhe mit gemeinsamen Interessen und jenseits überholter Geber-Nehmer Strukturen zusammenarbeiten. Die Hauptelemente zur Verwirklichung der Ziele in den genannten sechs Bereichen sind die Stärkung der afrikanischen Eigenverantwortung für Frieden und Sicherheit; die Förderung offener Gesellschaften; die gemeinsame Nutzung wirtschaftlicher Chancen; die Stärkung der Kooperation mit Blick auf den Umwelt- und Klimaschutz; die Sicherung, nachhaltige Gewinnung und Nutzung von Energieressourcen und Rohstoffen sowie die Unterstützung neuer Ansätze für eine nachhaltige und wissensbasierte Entwicklung.

1. Frieden und Sicherheit: Afrikanische Eigenverantwortung stärken

Ausgangsbedingungen

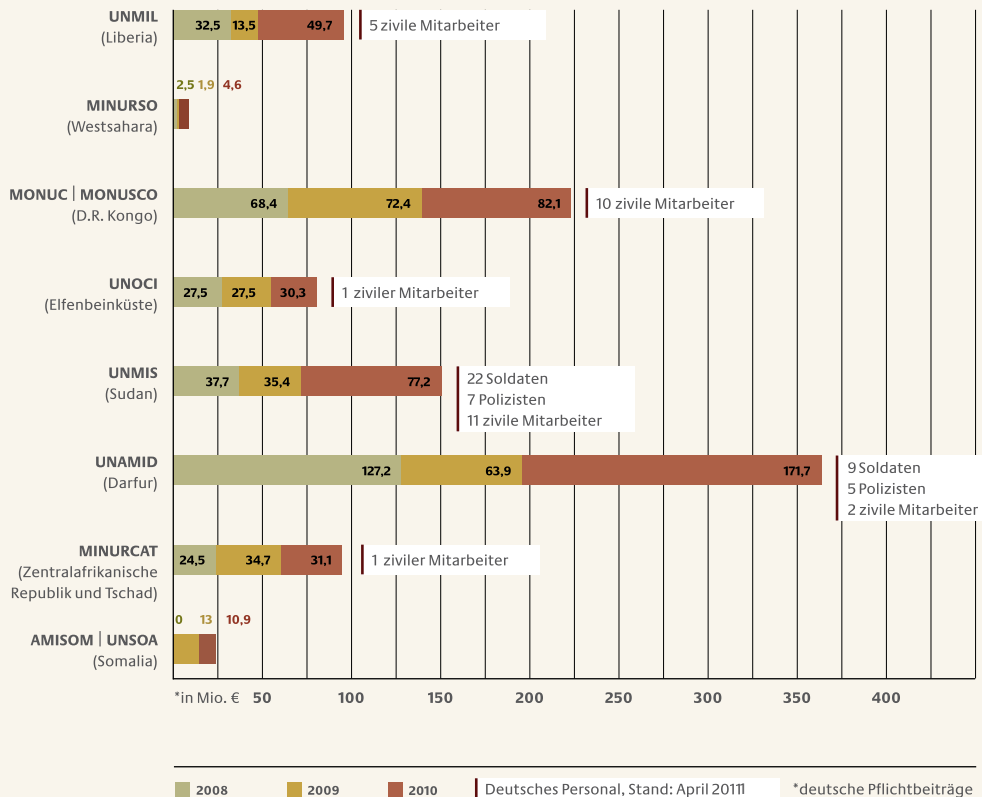
In Teilen Afrikas verhindern zahlreiche bewaffnete Konflikte, politische und ethnische Spannungen, Grenzkonflikte und fragile

Staatlichkeit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritt. Die Konflikte sind vor allem, aber nicht nur, innerstaatlicher Natur.

Die Verletzung von Menschenrechten ist eine wesentliche Ursache von Konflikten. Am Horn von Afrika und in Zentralafrika ist die Sicherheit massiv gefährdet und Staatlichkeit schwach ausgeprägt. Transnationaler Terrorismus wird im Norden des Kontinents, in der Sahel-Region und am Horn von Afrika zu einem wachsenden Problem. Ähnliches gilt für die Piraterie im Indischen Ozean, aber auch im Golf von Guinea sowie für Drogentransit. Konflikte wie im Sudan, in der Elfenbeinküste, in der Demokratischen Republik Kongo (vor allem Ostkongo) oder in Somalia destabilisieren oftmals ihr regionales Umfeld. Aus innerafrikanischen Konflikten gehen zum Teil massive Flüchtlingsbewegungen hervor.

Zunehmend gewinnen in Afrika eigene **Mechanismen zur Friedenskonsolidierung** und Krisenprävention an Bedeutung. Vermittlungsmissionen der AU (zum Beispiel im Sudan oder in Madagaskar) oder der Regionalorganisationen wie ECOWAS in Guinea oder der Elfenbeinküste sind Beispiele für das eigenverantwortliche Handeln afrikanischer Staaten.

FRIEDENSERHALTENDE MASSNAHMEN DEUTSCHLANDS ZU VN-MISSIONEN IN AFRIKA



Quelle: Auswärtiges Amt

Im Zentrum afrikanischer Anstrengungen zur Vorbeugung und Beendigung von Gewaltkonflikten steht der von der AU gesteuerte **Aufbau einer Friedens- und Sicherheitsarchitektur** („African Peace and Security Architecture“). Dafür entwickelt die AU ein kontinentales Frühwarnsystem, stärkt ihre Fähigkeit zur Krisenvermittlung und baut mit Regionalorganisationen und regionalen Koordinationsmechanismen eine regional organisierte Friedenstruppe, die „African Standby Force“, auf. Bereits jetzt versucht die AU durch Friedenseinsätze wie die African Union Mission in Somalia (AMISOM) Frieden auf dem Kontinent herzustellen. Darüber hinaus übernehmen afrikanische Regionalorganisationen zunehmend Verantwortung für die Friedenssicherung in ihren Regionen. Jedoch sind die AU und die Regionalorganisationen weiter auf Unterstützung von außen angewiesen: Knapp die Hälfte aller Friedensmissionen der Vereinten Nationen ist in Afrika tätig, ungefähr 70 Prozent aller Blauhelmsoldatinnen und -soldaten werden auf dem Kontinent eingesetzt.

Schwerpunkt deutscher Initiativen

Zentrales Anliegen der deutschen Afrikapolitik ist es, gemeinsam mit den afrikanischen Staaten, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, internationalen Initiativen

wie den G8 und Organisationen wie der NATO die afrikanischen Fähigkeiten zur regionalen **Konfliktprävention und -bewältigung** zu stärken. Dies bezieht sich auf so unterschiedliche Konflikte wie derzeit in Teilen Nordafrikas, im Sudan, in der Elfenbeinküste, in der Demokratischen Republik Kongo (vor allem Ostkongo), in Somalia oder in Simbabwe. Afrikanische Konfliktprävention und -bewältigung entlastet künftig die Friedenssicherung der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung setzt auf **afrikanische Lösungsansätze** und fördert diese.

Schwerpunkt des deutschen Engagements ist die Unterstützung der kontinentalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Die Bundesregierung unterstützt seit 2004 maßgeblich die Abteilung für Frieden und Sicherheit der AU bei Organisation und Management sowie beim Aufbau des kontinentalen Konfliktfrühwarnsystems. Zudem unterstützt die Bundesregierung die Abteilungen für Frieden und Sicherheit in den Regionalorganisationen Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC), Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung von Staaten in Nordostafrika (IGAD) und Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) sowie beim Koordinationsmechanismus für die ostafrikanische Bereitschaftstruppe EASFCOM.

Diese umfassende Unterstützung zum Kapazitätsaufbau im Bereich Frieden und Sicherheit ist einzigartig auf dem Kontinent. Als viertgrößter Beitragszahler für friedenserhaltende Maßnahmen der Vereinten Nationen trägt Deutschland einen bedeutenden Anteil an der Finanzierung der Blauhelm-Missionen (2008–2010: knapp 1,3 Milliarden Euro, davon 1 Milliarde für Einsätze in Afrika). Ein deutscher Schwerpunkt ist die Konfliktprävention: Gewaltsame Konflikte sollen frühzeitig verhindert werden, wie zum Beispiel durch die Absicherung und Begleitung von Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo oder Burundi. Die Grundlage des gemeinsamen Handelns der Bundesregierung ist seit 2004 der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“.

Die Gewährleistung von Sicherheit, besonders durch **Terrorismusbekämpfung und -prävention**, ist ein Schlüssel für Demokratie und Stabilität in Afrika. Diese sind ihrerseits unverzichtbar für wirtschaftlichen Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit. Deutschland trägt mit seiner Hilfe bei der Bekämpfung und Prävention des Terrorismus dazu bei, in gefährdeten Staaten Polizei, Justiz und Militär demokratisch fortzuentwickeln. Dies umfasst die Stärkung staatlicher Institutionen, um Staatszerfall entgegenzuwirken, oder

Projekte, die den ideologischen Grundlagen des Terrorismus begegnen und eine Radikalisierung der Bevölkerung verhindern sollen. Die Bundesregierung engagiert sich seit Dezember 2008 mit der von der EU geführten militärischen Operation ATALANTA im internationalen Kampf gegen die Piraterie im Golf von Aden. Deutschland ist zudem seit Langem Partner in zahlreichen Projekten zur Kleinwaffenkontrolle und zur Räumung von explosiven Kampfmittelrückständen und Minen in Afrika. Zusammen mit der EU leistet die Bundesregierung auch Beiträge zur Reform des Sicherheitssektors, wie im Südsudan und in der Demokratischen Republik Kongo.

In gravierenden Krisen und nach schwerwiegenden Naturkatastrophen leistet Deutschland **humanitäre Hilfe**. Wichtig ist dabei für



Außenminister Guido Westerwelle besucht die EU-Trainingsmission für Somalia in Uganda

die Bundesregierung, dass diese Hilfe dem Bedarf entspricht, international von den Vereinten Nationen koordiniert wird und reibungslos in langfristige Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit übergeht.

Initiativen der Zukunft

1. Die Bundesregierung sieht die **Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur** der AU sowie der Regionalorganisationen und regionalen Koordinationsmechanismen als Konzept der Zukunft. Deutschland wird AU, Regionalorganisationen und regionale Koordinationsmechanismen deshalb weiter beim Ausbau ihrer Fähigkeiten im Bereich Frieden und Sicherheit sowie beim Aufbau von Frühwarnmechanismen unterstützen und diese Unterstützung ausbauen. Die Bundesregierung wird diese unter den Ministerien abstimmen, um Wirkung und Sichtbarkeit des deutschen Beitrags zu stärken. So wird der politische Dialog mit der AU vom Auswärtigen Amt und dem BMZ bereits gemeinsam geführt, in Fragen von Frieden und Sicherheit wird das Bundesverteidigungsministerium einbezogen.
2. Deutschland wird die **internationale Krisen- und Konfliktbewältigung** in Afrika, insbesondere unter dem Dach der Vereinten Nationen, aber auch der EU, weiter fördern. Die Bundesregierung wird sich dazu insbesondere in die Formulierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) im Hinblick auf Afrika einbringen.
3. **Friedenskonsolidierung**, Wiederaufbau und Entwicklung in Postkonfliktländern bleibt ein Schwerpunkt deutscher Afrikapolitik. Die Demobilisierung und Integration von ehemaligen Kombattantinnen und Kombattanten und Flüchtlingen, Kleinwaffenkontrolle, Investitionen in den (Wieder-) Aufbau von sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur, die Stärkung der Rechtssicherheit, der politisch-administrativen Kapazitäten, der Zivilgesellschaft sowie der lokalen Demokratie sind Felder, in denen sich Deutschland weiter umfangreich in vielen afrikanischen Postkonfliktstaaten engagieren wird.
4. Ein Kennzeichen der deutschen Aktivitäten ist auch in Zukunft das Zusammenwirken von zivilen und militärischen Komponenten in einem **Konzept vernetzter Sicherheit**. Wir werden die afrikanischen Trainingszentren für Friedenseinsätze wie derzeit das Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC), die École de Maintien de la Paix (EMP) in Westafrika und das Regional Peacekeeping Training Center im südlichen Afrika bei der Ausbildung von Sicherheitskräften und zivilem



Personal für Friedensmissionen weiter fördern und uns dabei eng mit anderen Partnern, insbesondere der EU, abstimmen.

5. Vertrauensbildende Maßnahmen sowie angemessene Schritte zu Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Projekte zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen können zu mehr Stabilität und regionaler Kooperation in Afrika beitragen. Die Bundesregierung wird dafür vor allem Kleinwaffenprojekte und die Räumung von Landminen, auch im Rahmen der EU, weiter fördern und dabei verstärkt Regionalorganisationen sowie die Zivilgesellschaft einbeziehen. Die Bundesregierung will zusammen mit der AU und den Staaten Afrikas vertrauensbildende Maßnahmen und die internationale Vertragsarchitektur zur **Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung** festigen. Sie will die Universalisierung der Abkommen zum Verbot von Landminen und Streumunition vorantreiben sowie die Zusammenarbeit bei der Exportkontrolle und der Schaffung eines rechtlich verbindlichen Waffenhandelsvertrags im Rahmen der Vereinten Nationen ausbauen.
6. Durch militärpolitische Instrumente leistet Deutschland einen Beitrag zur Entwicklung demokratisch orientierter Streitkräfte in Afrika. Dazu zählen derzeit

die Akkreditierung von Verteidigungsattachés, bilaterale Kooperationen, die Entsendung von Militärberaterinnen und -beratern, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Weitere Möglichkeiten stellen die Teilnahme an militärischen Übungen oder eine im Einzelfall zu entscheidende militärische Unterstützung humanitärer Hilfe dar. Dies leistet einen Beitrag zur Reform des Sicherheitssektors und zur Eigenverantwortung in den jeweiligen Regionen.

7. Deutschland will dazu beitragen, dass die Rekrutierung von Mädchen und Jungen als Soldaten und Soldatinnen gestoppt und möglichst viele **Kindersoldaten/-soldatinnen** demobilisiert und reintegriert werden. Neben zahlreichen bilateralen Projekten unterstützt die Bundesregierung auf globaler Ebene die Tätigkeit der VN-Sonderbeauftragten zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte“. Deutschland hat zudem im Rahmen seiner nichtständigen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2011/12 den Vorsitz der Arbeitsgruppe „Kinder und bewaffnete Konflikte“ übernommen und kämpft gegen die Rekrutierung von Jungen und Mädchen als Soldaten/Soldatinnen und gegen sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Konflikten.
8. Deutschland will in Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 „Frauen,

Frieden, Sicherheit“ und ihrer Nachfolgeresolutionen dazu beitragen, Frauen und Männer gleichberechtigt in den **Aufbau demokratischer und gerechter Gesellschaftsordnungen** einzubeziehen. Die Bundesregierung unterstützt daneben auch weiter die Arbeit der Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs zum Thema „Sexuelle Gewalt in Konflikten“.

2. Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte: Offene Gesellschaften fördern

Ausgangsbedingungen

Der **demokratische Wandel** in Afrika ist ermutigend. Seit 1973 hat sich die Zahl der afrikanischen Länder mit Mehrparteienwahlen von drei auf vierzig erhöht. In Tunesien und Ägypten wurden langjährige autokratische Herrscher durch öffentliche Proteste zum Rücktritt gezwungen. In weiteren nordafrikanischen Staaten stehen autokratische Regime unter Reformdruck. Die Zahl der Militärputsche in Afrika ist ebenso zurückgegangen wie die Wahrscheinlichkeit, dass solche Umstürze von den afrikanischen Regionalorganisationen hingenommen werden; jüngste Beispiele dafür sind etwa die Elfenbeinküste, Guinea und Madagaskar. Die AU lehnt gewaltsame Regierungswechsel explizit ab. Meinungs-

fragen zeigen, dass die große Mehrheit der afrikanischen Bürgerinnen und Bürger **Demokratie als Regierungsform** unterstützt.

Es bleibt jedoch eine erhebliche Herausforderung, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen: Trotz positiver Entwicklungen gefährden willkürliche Rechts- und Justizsysteme, organisierte Kriminalität wie zum Beispiel Frauenhandel, schlecht funktionierende Verwaltungen, Patronage und Korruption in vielen Teilen Afrikas die Sicherheit und Stabilität. Presse- und Meinungsfreiheit werden oftmals nur eingeschränkt gewährleistet, Menschenrechte in zahlreichen Staaten durch staatliche und nichtstaatliche Akteure verletzt. Demokratisierung wird oftmals durch schwache Staatlichkeit gefährdet: Aus zahlreichen politischen Umbrüchen gingen nicht freiheitliche Demokratien, sondern politische Systeme hervor, die zwischen Diktatur und Demokratie stecken geblieben sind.

Schwerpunkt deutscher Initiativen

Gute Regierungsführung („Good Governance“) ist Querschnittsanliegen und zugleich Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit 16 afrikanischen Ländern – kein anderer Schwerpunkt wurde häufiger vereinbart.

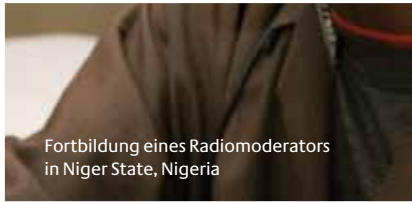
Mit zuletzt jährlich über 285 Millionen Euro öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit gehört Deutschland zu den drei größten bilateralen Unterstützern guter Regierungsführung in Afrika. **Gute Regierungsführung** beinhaltet unter anderem die Rechenschaftspflicht der Regierungen, Gewaltenteilung und verantwortliches Handeln der öffentlichen Verwaltung. Zentrale Bereiche sind daneben die Unterstützung von Dezentralisierung zur Stärkung lokaler Eigenverantwortung und Bürgernähe sowie guter finanzieller Regierungsführung („Good Financial Governance“) mit besonderem Augenmerk auf Haushaltsreformen, Stärkung staatlicher Einnahmen und verbesserter externer Finanzkontrolle.

Wichtige Instrumente deutscher Förderung von **Rechtsstaatlichkeit** sind die Beratung der Polizei, die Reform des Sicherheitssektors und der Aufbau einer unabhängigen Justiz. So finanziert die Bundesregierung Justizprogramme in der Elfenbeinküste, in Liberia und Sierra Leone. Neben der Aus- und Fortbildung von Richterinnen/Richtern und Rechtswältinnen/Rechtsanwälten unterstützen die Programme die Justizministerien der drei westafrikanischen Länder. Die Bundesregierung unterstützt auch den Internationalen Strafgerichtshof, den 2004 gegründeten Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof

in Tansania sowie die internationalen Strafgerichtshöfe für Ruanda und Sierra Leone.

Die Bundesregierung leistet mit einer Vielzahl von Instrumenten gezielte Unterstützung beim Wiederaufbau und bei der **Stabilisierung staatlicher Strukturen** in fragilen Staaten oder nach Konflikten, insbesondere durch die Förderung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie durch den Aufbau der Polizei. Dabei ist die Stärkung der Rechtssicherheit, der staatlichen Kapazitäten, der Zivilgesellschaft und der lokalen Demokratie von besonderer Bedeutung.

Unser Leitbild sind **offene Gesellschaften** – wichtige Mittel für deren Förderung sind die Kooperation mit den afrikanischen Zivilgesellschaften und der Einsatz von Kultur und Medien. Der von der Bundesregierung geförderte **kulturelle Austausch** (zum Beispiel durch das Goethe-Institut, die PASCH-Partnerschulen, den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Deutsche Archäologische Institut und die Deutsche Welle) versteht sich als Beitrag zu einem gleichberechtigten Diskurs zwischen der deutschen und den afrikanischen Gesellschaften. Die politischen Stiftungen spielen dabei ebenfalls eine zentrale Rolle. Jede deutsche Botschaft



in Afrika fördert darüber hinaus über einen eigenen Fonds Kulturprojekte in afrikanischen Ländern und kulturelle Kooperationen zwischen Afrika und Deutschland. Mit „Learning by Ear“, einem interaktiven Bildungsprogramm, erreicht die Deutsche Welle ungefähr 40 Millionen junge Afrikanerinnen und Afrikaner. Zahlreiche Projekte, zum Beispiel in Ruanda, fördern zudem die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten. Die Kooperation über die UNESCO auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft und Kultur trägt ebenfalls zur Stärkung der Zivilgesellschaften bei.

Gerade vor dem Hintergrund der **Umbrüche in Nordafrika** zeigt sich die enorme Bedeutung von guter Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten und deren Unterstützung. Die Bundesregierung steht auf der Seite der demokratischen Bewegungen in Nordafrika: Sie hat eine „Transformationspartnerschaft“ angeboten; diese soll mit konkreten Projekten zur Stärkung der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaats dazu beitragen, dass der politische Wandel in den betreffenden Ländern – derzeit Tunesien und Ägypten – auch die Lebenschancen der Menschen verbessert und dadurch unumkehrbar wird. Im Jahr 2011 wird die Bundesregierung aus bestehenden

Mitteln knapp 40 Millionen Euro dafür bereitstellen. Aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit hat die Bundesregierung bereits im Februar 2011 drei Fonds für Nordafrika eingerichtet: einen Fonds für die Förderung der Demokratie, einen für Bildung und einen für die Wirtschaft. Zudem werden Mittel der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, der Krisenprävention und der Demokratieförderung für die **Transformationspartnerschaft** verwendet. In diesen Bereichen sollen 2012 und 2013 jeweils 50 Millionen Euro zusätzlich eingesetzt werden. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die EU-Nachbarschaftspolitik zur Unterstützung des demokratischen Wandels in Nordafrika zu nutzen und im Bereich der Handels-, Agrar- und Mobilitätspolitik den Reformländern besondere Erleichterungen zu gewähren. Dadurch sollen wirtschaftliche Wachstumschancen gestärkt werden.

Initiativen der Zukunft

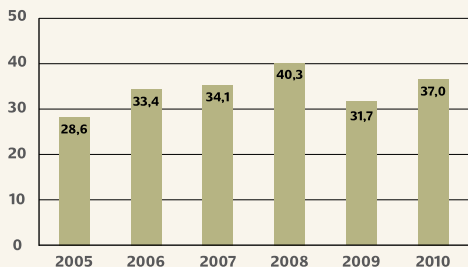
1. Die Bundesregierung setzt sich weiter bilateral sowie im europäischen und multilateralen Rahmen für **gute Regierungsführung** ein, unter anderem durch Unterstützung von Dezentralisierung und lokaler Selbstverwaltung sowie Förderung eines verantwortungsvollen und entwicklungsorientierten Umgangs mit öffentlichen Finanzen. Auf kontinentaler Ebene

fördert Deutschland gute Regierungsführung in Zusammenarbeit mit der AU-Kommission, dem Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshof und dem Panafrikanischen Parlament.

2. Der **demokratische Wandel** in Ägypten bietet eine Gelegenheit, die Partnerschaft der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie für demokratische Regierungsführung und Menschenrechte neu zu beleben. Deutschland hat deren Vorsitz gemeinsam mit Portugal und Ägypten inne. Deutschland wird in dieser Partnerschaft auch Vorschläge machen, wie die demokratischen Entwicklungen in Nordafrika gemeinsam durch Afrikaner/Afrikanerinnen und Europäer/Europäerinnen gestärkt werden können. Hierzu wird insbesondere die Ende 2010 ins Leben gerufene interkontinentale Dialogplattform genutzt werden.
3. Ein wesentliches Element der deutschen Politik bleibt der **internationale Justiz-dialog**, das heißt die Zusammenarbeit mit Justiz und Gerichten der Länder Afrikas. Dies stärkt die Recht sprechende Gewalt gegenüber der Exekutive.
4. Die Bundesregierung wirkt auch in Zukunft weiter daran mit, **journalistische Kompetenz** zu schaffen. Dies geschieht mit dem Ziel, die Verantwortung der Medien für ein friedliches Miteinander zu stärken und die Verbreitung von Informationen und Meinungen vor Repressionen aller Art zu schützen. Die Bundesregierung fördert afrikanische und deutsche Medien (vor allem den Hörfunk), damit diese mit ihren Bildungsangeboten eine möglichst große Zahl von Menschen erreichen. Hierzu zählen deutsch-afrikanische Mediendialoge, Studienreisen afrikanischer Journalistinnen und Journalisten nach Deutschland sowie die „Internationalen Journalisten-Programme“.
5. Die Bundesregierung wird die **demokratischen Umbrüche** in Nordafrika und den Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen im subsaharischen Afrika durch zahlreiche Instrumente verstärkt unterstützen und demokratiefördernde, entwicklungs-, migrations- und wirtschaftspolitische Ansätze verknüpfen.
6. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft zahlreiche Projekte zur **Stärkung von Menschenrechtsverteidigern**, Menschenrechtsbildung, Frauenrechten und anderen Bereichen in Zusammenarbeit mit lokalen Nichtregierungsorganisationen organisieren und unterstützen.
7. Die Bundesregierung wird den **parlamentarischen Austausch** verstärkt unterstützen, um so demokratisches und rechtsstaatliches Handeln zu fördern.

8. Die Bundesregierung leistet Unterstützung zur Umsetzung der “VN-Palermo-Konvention” aus dem Jahr 2000 und ihrer Zusatzprotokolle (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur **Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität**, Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels).

Deutscher Außenhandel mit Afrika in Milliarden Euro



Zuwachs des dt. Außenhandels mit Afrika 2005–2010: **29,5 %**
 Zuwachs des gesamten dt. Außenhandels 2005–2010: **24,8 %**

Quelle: Statistisches Bundesamt

3. Wirtschaft: Chancen gemeinsam nutzen

Ausgangsbedingungen

Durch die Reformen der vergangenen Dekaden haben viele afrikanische Staaten gute Voraussetzungen für **nachhaltiges Wirtschaftswachstum** geschaffen. Das Wachstum lag in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich bei ungefähr 6 Prozent pro Jahr, die Inflationsraten sind inzwischen im Durchschnitt einstellig. Mehrere afrikanische Länder gehörten im vergangenen Jahrzehnt zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Der Zufluss von privatem ausländischem Kapital (2009 ausländische Direktinvestitionen in Höhe von knapp 40 Milliarden Euro) übertrifft die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (2009: circa 32 Milliarden Euro). Schon heute ist – je nach Maßstab – die kaufkräftige afrikanische Mittelschicht bis zu 300 Millionen Menschen stark. Zwar beträgt der Anteil Afrikas an der globalen Wirtschaftsleistung nur ungefähr 2 Prozent, allerdings angesichts der überdurchschnittlichen **Wachstumsraten mit steigender Tendenz**. Afrika selbst hat sich zum Schauplatz eines globalen Wettbewerbs entwickelt, die wirtschaftlichen Verbindungen Afrikas mit einflussreichen Ländern wie China und Indien sind in den vergangenen Jahren sprunghaft gestiegen.

Dieser verstärkten Konkurrenz muss sich die deutsche Wirtschaft stellen. Sie wird dabei von der Bundesregierung unterstützt.

Als besonders dynamische Sektoren in Afrika gelten neben Rohstoffen und Energie Landwirtschaft, Konsumgüter, Dienstleistungen (insbesondere Telekommunikation, Banken und Versicherungen) sowie die Infrastrukturbereiche Verkehr, Elektrizität und Wasser. Afrikas rasante Urbanisierung erfordert massive Investitionen in die Infrastruktur des Kontinents. Vor allem erneuerbare Energien und dezentrale Produktion können die Energieknappheit Afrikas lindern.

Jedoch bleiben die Voraussetzungen in den einzelnen Ländern äußerst unterschiedlich:

Alein die fünf größten afrikanischen Volkswirtschaften Südafrika, Ägypten, Nigeria, Algerien und Marokko tragen knapp 60 Prozent zum gesamten Einkommen des Kontinents bei. Trotz verbesserter sozioökonomischer Indikatoren wie Kindersterblichkeit und sinkender Armutsrate bleibt Afrika der ärmste Kontinent der Welt. In der Regel kommt das hohe Wirtschaftswachstum nicht der breiten Bevölkerung zugute. Die Ungleichheit nimmt oft sogar zu und birgt erheblichen sozialen Sprengstoff. Der sogenannte informelle, also nicht registrierte Wirtschaftssektor (zum Beispiel Handel oder Kleinstlandwirtschaft) wird für viele Menschen in Afrika auf absehbare Zeit die Haupteinnahmequelle bleiben.



Containerhafen in Daressalam, Tansania



Die **Landwirtschaft** besitzt auf dem Kontinent besonderes Potenzial, die Ernährungssicherheit zu verbessern, Menschen Arbeit zu geben und Erzeugnisse für den Export zu produzieren. Grundsätzlich unterstützt die Bundesregierung Investitionen in den Agrarsektor; dabei müssen aber die Ernährungssicherung und die Einhaltung von internationalen Standards gewährleistet sein.

Derzeit entfällt der überwiegende Teil des **deutschen Außenhandels** auf nur fünf der 54 afrikanischen Staaten: Südafrika, Ägypten, Nigeria, Tunesien und Algerien. Über 600 deutsche Unternehmen haben sich in Afrika niedergelassen und beschäftigen mehr als 146.000 Menschen.

Schwerpunkt deutscher Initiativen

Die Bundesregierung möchte ein breitenwirksames Wirtschaftswachstum mit einer **dynamischen Privatwirtschaft** in Afrika fördern, den wirtschaftlichen Austausch mit Afrika stärken und **Handel und Investitionen** erleichtern. Deutsche Afrikapolitik will dazu beitragen, dass durch **Handel, Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung** der Wohlstand in afrikanischen Ländern wächst. Ein wachsender Privatsektor und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln kommen afrika-

nischer Binnen- und Außenwirtschaft und auch Deutschland als Exportland zugute.

Deshalb unterstützt die Bundesregierung zahlreiche afrikanische Partnerländer mit einem umfassenden Ansatz der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung mit derzeit mehr als 800 Millionen Euro. Sie will privates Kapital verstärkt für Entwicklung nutzen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen. Wesentliche Instrumente dafür sind Exportkreditgarantien und Investitionsschutzabkommen.

Ziel deutscher Afrikapolitik ist es auch, die Stärken der deutschen Wirtschaft in Afrika einzubringen. Eine stärkere **Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit** erhöht die Absatzchancen deutscher Unternehmen, kräftigt die wirtschaftliche Entwicklung in Afrika und verhilft zu verbesserten und stabilen Rahmenbedingungen für ein **stärkeres unternehmerisches Engagement** in Afrika. Insbesondere im Infrastrukturbereich und bei Umwelttechnologien schaffen Lösungsansätze „aus einer Hand“ Vorteile. Die Verzahnung der deutschen Bau- und Beratungsunternehmen bei Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung moderner Verkehrssysteme würde in Afrika zum Beispiel einen wichtigen Beitrag zur



wirtschaftlichen Entwicklung leisten und die Exportchancen in diesem Bereich stärken.

In Afrika liegt der Schwerpunkt der deutschen Politik auf Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln verbessern. Hierzu zählt die Verbesserung des Investitionsklimas und der Rechtssicherheit, aber auch der Zugang zu Krediten, der zentral für den Erfolg vieler kleiner und mittlerer Unternehmen in Afrika ist. Deutschland ist auf dem Kontinent einer der wichtigsten entwicklungspolitischen Partner in den Bereichen Mikrofinanzierung und Handelsförderung.

Die Bundesregierung steht bereit, deutsche Unternehmen in Afrika mit zahlreichen **Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung** zu unterstützen: Die Auslandshandelskammern versorgen gemeinsam mit Germany Trade and Invest (GTAI) und den deutschen Botschaften die deutsche Wirtschaft mit detaillierten Informationen über die afrikanischen Märkte. Sie bieten damit gerade kleinen und mittleren Unternehmen wichtige Dienstleistungen an. Deutschland ist heute in Ägypten, Algerien, Angola, Ghana, Marokko, Nigeria, Südafrika und Tunesien mit Auslandshandelskammern oder Delegiertenbüros vertreten, die GTAI

beschäftigt Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in Johannesburg, Nairobi, Kairo und Tunis. Das umfassende Netz der Auslandshandelskammern, Botschaften und GTAI-Mitarbeiter hat sich seit vielen Jahren bei der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen bewährt.

Das **Netz deutscher Auslandshandelskammern** wurde in den vergangenen Jahren erweitert: Neue Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft wurden in Angola und in Ghana errichtet, Kenia soll folgen. Zusammen mit der Auslandshandelskammer in Südafrika und dem Delegiertenbüro in Nigeria werden dann die derzeit wichtigsten Zukunftsmärkte in Afrika südlich der Sahara abgedeckt sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie stellt für die neuen Büros die finanzielle Ausstattung bereit, während der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die Steuerung übernimmt.

Initiativen der Zukunft

1. Die besondere Aufmerksamkeit der Bundesregierung gilt der regionalen Integration. Nur so können größere Wirtschaftsräume geschaffen werden, die wettbewerbsfähig sind und Investoren anziehen. Die Bundesregierung wird die **wirtschaftliche Integration** in enger Kooperation mit der AU, der Afrikanischen Entwicklungsbank und den Regionalorganisationen verstärkt fördern, unter anderem durch die Unterstützung regionaler Infrastrukturvorhaben. Schon heute werden zahlreiche afrikanische Regionalorganisationen bei der Schaffung von Zollunionen und Freihandelszonen von Deutschland entwicklungspolitisch beraten. Die Bundesregierung unterstützt zudem die EU bei ihren Verhandlungen zu WTO-konformen, umfassenden regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) als Baustein zur regionalen Integration und Beitrag zur Stärkung des Süd-Süd-Handels.
2. Die Bundesregierung wird sich weiter für die **Verbesserung der Rahmenbedingungen** für privatwirtschaftliches Handeln in Afrika einsetzen. Hierzu zählt die bilaterale Beratung und die Unterstützung der Investment Climate Facility for Africa. Wir unterstützen marktwirtschaftliche Reformen, die Mindeststandards beachten (zum Beispiel Normen der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO).
3. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich die deutsche Wirtschaft Afrika noch intensiver zuwendet. Auslandsmitarbeiter der Germany Trade and Invest (GTAI), Botschaften und Konsulate informieren die deutsche Wirtschaft über Afrikas **wirtschaftliches Potenzial**. Über den weiteren Ausbau des Netzes der deutschen Auslandshandelskammern, durch Markterkundungs- und Markterschließungsreisen sowie Messebeteiligungen und Besuche auf politischer Ebene fördert die Bundesregierung den wirtschaftlichen Austausch mit Afrika.
4. Mit **Exportkreditgarantien** der Bundesregierung können sich deutsche Unternehmen bei ihren Geschäften gegen mögliche Zahlungsausfälle ihrer afrikanischen Partner absichern. Die Bundesregierung entwickelt dieses Instrument im Austausch mit Exporteuren und Banken weiter und schneidet es angesichts veränderter Märkte und Rahmenbedingungen genauer auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft zu. Abkommen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen erleichtern das wirtschaftliche Engagement in Afrika zusätzlich.
5. Mit zahlreichen entwicklungspolitischen Instrumenten der Bundesregierung wird

der Privatsektor in Afrika gefördert, zum Beispiel über Partnerschaften der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft (**Public-Private-Partnerships**). Die Entsendung von Frauen und Männern als sogenannte Entwicklungsscouts in die Wirtschaftsverbände und die Einrichtung einer Servicestelle Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung werden zur verstärkten Vernetzung der Entwicklungszusammenarbeit mit der verfassten Wirtschaft führen und die Rolle von Unternehmen in der Entwicklungspolitik signifikant erhöhen.

6. Ein Schwerpunkt der Förderung des Privatsektors in Afrika liegt in Zukunft auf der Stärkung einer umweltgerechten und **nachhaltigen Landwirtschaft**. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist dauerhaft produktiver, kann die Ernährungssicherung verbessern, landwirtschaftliche Exporte erhöhen und in vielen Ländern Afrikas den Siedlungs- und Nutzungsdruck auf Wälder mildern. Die Bundesregierung spricht sich für die Abschaffung aller handelsverzerrenden Agrarexportsubventionen im Rahmen der WTO-Verhandlungen aus. Die EU hat mit Unterstützung der Bundesregierung bereits erhebliche Vorleistungen beim raschen Abbau der Exporterstattungen

erbracht und seit 1994 deren Umfang durch mehrere Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik von circa 10 Milliarden Euro auf aktuell nur noch circa 0,16 Milliarden Euro im laufenden EU-Haushalt reduziert. Die „Alles-außer-Waffen“-Initiative der EU gewährt bereits zoll- und quotenfreien Marktzugang für alle am wenigsten entwickelten Länder. Zusätzlich setzt sich die Bundesregierung weiter für die Verbesserung der Exportmöglichkeiten afrikanischer Länder in die EU ein. Die Bundesregierung unterstützt den Einsatz energieeffizienter, klimafreundlicher und angepasster Technologien in der Ernährungswirtschaft. Bei Agrarinvestitionen in Afrika tritt Deutschland in internationalen Foren und der EU für transparentes Wirtschaften und den Schutz der Ernährungssicherung ein. Zudem unterstützt die Bundesregierung Partnerschaftsabkommen der EU und Kontrollen des weitverbreiteten illegalen Holzeinschlags.

7. Mit den **Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz** unterstützt die Bundesregierung vor allem kleine und mittelständische deutsche Unternehmen bei der Erschließung von Märkten in Afrika. Zu den vielfältigen Leistungen der Exportinitiativen gehören Informationen über Märkte, die Anbahnung von Geschäften



sowie Unterstützung beim Marketing. Damit leisten die Exportinitiativen einen Beitrag zur nachhaltigen und sauberen Energieversorgung. Gleichzeitig tragen sie zur Stärkung der wirtschaftlichen Kooperation mit afrikanischen Unternehmen und Institutionen bei und fördern den Aufbau lokaler privatwirtschaftlicher Strukturen.

4. Umwelt und Klima: Kooperationen bilateral, regional und global stärken

Ausgangsbedingungen

Viele Regionen Afrikas sind hohen **Klimarisiken** ausgesetzt. Es drohen der Verlust biologischer Vielfalt, die Ausbreitung von Wüstengebieten in Nordafrika und Dürren am Horn von Afrika. In Zentralafrika ist ein dramatischer Rückgang der Nahrungsmittelproduktion und die Ausbreitung von Malaria zu befürchten. Die Küstenbewohnerinnen und -bewohner in Westafrika könnten vermehrt unter Überschwemmungen zu leiden haben. Umweltprobleme und Treibhausgasemissionen nehmen auch in Afrika rasch zu. Andererseits schützen Afrikas Tropenwälder wie der im Kongobecken (der zweitgrößte Tropenwald der Erde) das globale Klima. Die fortschreitende Abholzung der Regenwälder muss daher gestoppt werden. Zahlreiche afrikanische Länder sind noch

nicht für die Anpassung an den Klimawandel gerüstet. Dieser bedroht auch Sicherheit und Stabilität, wenn es zum Beispiel in Afrika zu Konflikten um knappe Land- und Wasserressourcen kommt. Sinkende Ernten wegen Wassermangel oder Erosion können ihrerseits zu Nahrungsmittelkrisen, irregulärer Migration und Konflikten führen mit Auswirkungen auch auf Deutschland und Europa.

In Afrika können nachhaltig betriebene Landwirtschaft, Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern, Management von kontinentalen Wasserressourcen und Flussgebieten, besseres Wasser- und Abfallmanagement und die Förderung erneuerbarer Energien wichtige Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz, zur Ernährungssicherung, zur Rohstoffgewinnung und zur Armutsbekämpfung leisten. Gleichzeitig verbessert ein Umsteuern auf eine „grüne“ Wirtschaft auch die Wettbewerbsfähigkeit Afrikas. Dazu gehört auch eine verbesserte Abfallverwertung und -entsorgung und die Bekämpfung von illegalem Müll- und Giftmüllexport nach Afrika.

Afrika besitzt eine weltweit einzigartige, jedoch durch den Verlust von Lebensraum und Übernutzung stark gefährdete **biologische Vielfalt**. Diese Ressourcen werden vielfältig genutzt, etwa für die Produktion von Nahrung,

Rohstoffen und Arzneien. Für viele Afrikanerinnen und Afrikaner stellen sie die unverzichtbare Lebensgrundlage dar und sind auch Grundlage des Tourismus in Afrika.

Schwerpunkt deutscher Initiativen

Die Bundesregierung unterstützt national, regional und international die afrikanischen Anstrengungen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Sie fördert den **Erhalt und die Wiederherstellung** von Lebensräumen, die bedeutende Kohlenstoffspeicher darstellen. Dabei spielt die Reduzierung von Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung eine wesentliche Rolle. Die Bundesregierung setzt sich für den Erhalt der afrikanischen Wälder und die Umsetzung einer integrativen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung ein, die wirtschaftliche und ökologische Anforderungen verbindet und für die Bevölkerung zusätzliche Einkommen erbringt. So werden in der Demokratischen Republik Kongo mit deutscher Unterstützung Konzepte nachhaltiger Waldwirtschaft gefördert. In Äthiopien verringern gemeindeeigene Holzplantagen und holzsparende Öfen die Notwendigkeit, Bäume aus den verbliebenen Bergnebelwäldern zu schlagen. Deutschland unterstützt ferner afrikanische Programme auf nationaler, regionaler und panafrikanischer Ebene zum nachhaltigen

Management der kontinentalen Wasserressourcen. Ihnen kommt bei der Anpassung an den Klimawandel eine zentrale Rolle zu.

Die Bundesregierung setzt sich intensiv für internationale Vorhaben ein, die den Klimawandel verlangsamen und die Anpassung an den Klimawandel fördern. So unterstützt die Bundesregierung den weltweiten **Schutz der Tropenwälder**. Die Wiederherstellung von Wäldern, die Aufforstung neuer Wälder, nachhaltige Waldbewirtschaftung und der Schutz von Wäldern werden unter dem Begriff REDD+ („Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“) zusammengefasst: Rund 20 Prozent aller weltweiten Treibhausgasemissionen entstehen bei der Zerstörung von Wäldern. Bis 2030 soll die Zerstörung von Wäldern weltweit eingestellt werden. REDD+ leistet so einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz. Deutschland beteiligt sich an der „Forest Carbon Partnership Facility“ (FCPF), die 2007 auf deutsche Initiative ins Leben gerufen wurde. Die FCPF hat mittlerweile 12 Partnerländer in Afrika.

Die Bundesregierung unterstützt den Erhalt der biologischen Vielfalt und deren Nutzung für eine nachhaltige Entwicklung durch entsprechende Produktions- und Nutzungsstrategien. Auf internationaler Ebene setzt

sich die Bundesregierung für einen angemessenen und gerechten Ausgleich an afrikanische Länder für die Nutzung von genetischen Ressourcen ein. Wichtig ist hier die Umsetzung des Internationalen Saatgutvertrags und des Nagoya-Protokolls zum Zugang zu genetischen Ressourcen und zum angemessenen und gerechten Ausgleich für ihre Nutzung.

Deutschland setzt sich in Afrika außerdem für die koordinierte Umsetzung der internationalen Übereinkommen im Abfall- und Chemikalienbereich ein (Basler Übereinkommen, Rotterdamer Übereinkommen, Stockholmer Konvention).

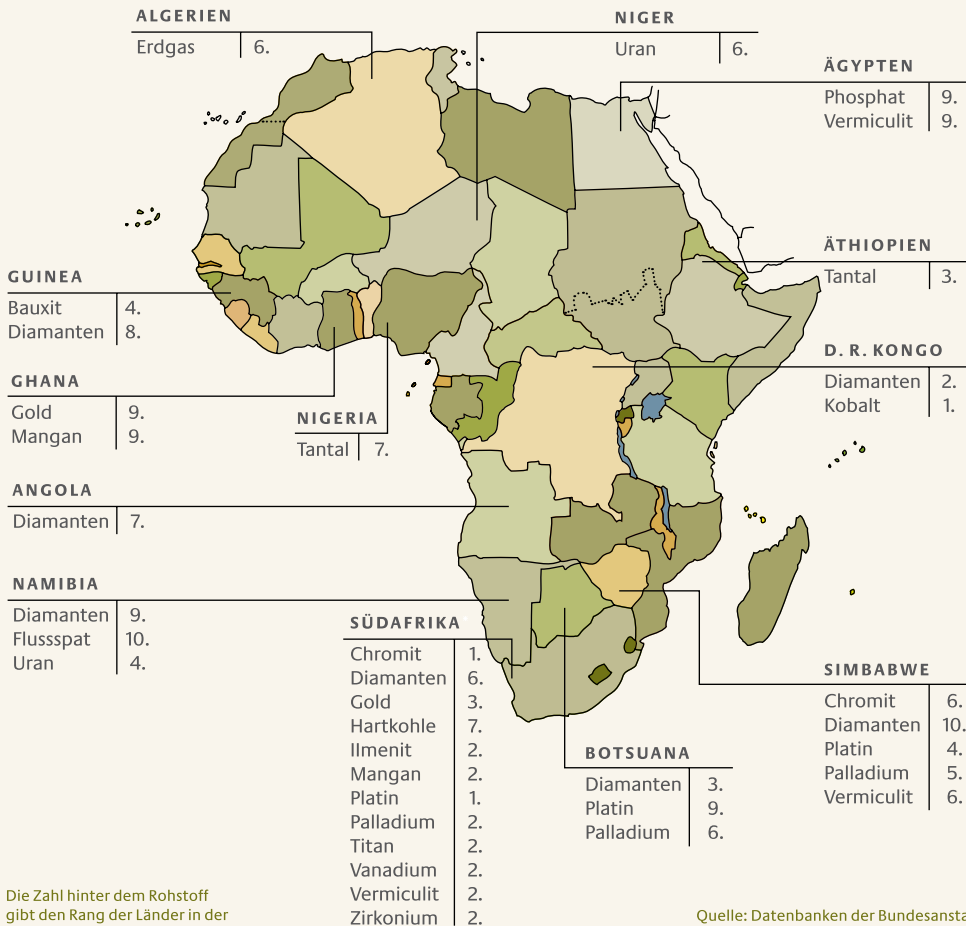
Initiativen der Zukunft

1. Die Bundesregierung hat sich international verpflichtet, ihr Engagement für den **Schutz von Lebensräumen** deutlich auszubauen. So hat die Bundesregierung für den weltweiten Erhalt von Wäldern und anderen Ökosystemen zusätzliche 500 Millionen Euro bis 2012 und ab 2013 jährlich 500 Millionen Euro zugesagt.
2. Die Bundesregierung wird im Zeitraum 2010–2012 zusätzlich 1,3 Milliarden Euro für die sogenannte Schnell-Start-Finanzierung zum **Klimaschutz in Entwicklungsländern** bereitstellen und sicherstellen, dass die

Staaten Afrikas davon besonders profitieren. Auch für den Klimaschutz auf globaler Ebene will die Bundesregierung mit den Ländern Afrikas zusammenarbeiten. Sie erwartet von diesen Unterstützung für die Verabschiedung von international gültigen Regeln zur Bekämpfung des Klimawandels.

3. Die Bundesregierung fördert auch in Zukunft die **Anpassung an die Folgen des Klimawandels** in Afrika. Dazu zählen die Unterstützung nachhaltiger Formen der Landwirtschaft, die Umstellung auf krisensichere Wasserversorgung, auch in städtischen Slumgebieten, die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien sowie verbesserte Daten über die Auswirkungen des Klimawandels. All dies verringert die Sicherheitsrisiken des Klimawandels.
4. Die Bundesregierung fördert über die Union für den Mittelmeerraum einen **Solarplan** für die Region, der den Rahmen für die gemeinsame Entwicklung und Nutzung von erneuerbaren Energien zwischen Nordafrika und Europa schaffen soll. Bis 2020 soll dieser Plan Energieprojekte anstoßen, die 20 Gigawatt Strom produzieren.
5. Die Bundesregierung wird das **nachhaltige Management von Wasserressourcen** in Afrika weiter fördern. Wasser ist für Frieden und Sicherheit und für die Entwicklung Afrikas (vor allem auch in der

PRODUKTION WICHTIGER ROHSTOFFE



Landwirtschaft und für die Verbesserung der Gesundheitssituation) von zentraler Bedeutung.

6. Die Bundesregierung fördert die Einführung eines **panafrikanischen Umweltzeichens**. Es soll unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union in allen Ländern des Kontinents angewandt werden.

5. Energie und Rohstoffe: Versorgung sichern, Ressourcen nachhaltig gewinnen und nutzen

Ausgangsbedingungen

Zahlreiche Staaten Afrikas (vor allem in Zentralafrika und im südlichen Afrika) verfügen über reiche Vorkommen an weltweit stark **nachgefragten Rohstoffen**. Diese haben auch für die deutsche Wirtschaft große Bedeutung (zum Beispiel Edelmetalle und Mineralien für die Hochtechnologieindustrie). Afrikanische Staaten sind außerdem wichtige Lieferanten **fossiler Energieträger**: In Afrika werden gegenwärtig 13 Prozent des globalen Erdöls gefördert, vor allem in den OPEC-Staaten Nigeria, Algerien, Libyen und Angola sowie in 13 weiteren Förderländern. Nach den Funden größerer Vorkommen im Golf von Guinea ist in Zukunft mit steigender Förderung in Afrika zu rechnen. Ebenso finden sich in Afrika reichhaltige Gasvorkommen (derzeit 6 Prozent

der weltweiten Erdgasproduktion). So besitzt Nigeria die siebtgrößten Gasvorkommen der Welt; zum Großteil sind diese noch nicht erschlossen.

Afrika verfügt zudem über ein enormes **Potenzial an erneuerbaren Energien** (Sonne, Wind, Wasser, Geothermie). Deutschland steht hier mit aufstrebenden Ländern und anderen Industrienationen im Wettbewerb. China, Indien, Brasilien und die Vereinigten Staaten versuchen, sich den Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern in Afrika zu sichern.

Deutschland bezieht aus Afrika zurzeit 18 Prozent seiner **Rohölimporte**. Wichtigste Bezugsländer sind im Augenblick Nigeria und Algerien. 34 Prozent der deutschen Steinkohleimporte kommen aus Südafrika. Deutsche Erdgasimporte aus Afrika sind derzeit noch gering. Unter den deutschen Importen von Metallerzen und Nichtmetallen stehen jene aus der Republik Südafrika mit Abstand an erster Stelle.

Vom **natürlichen Reichtum** Afrikas profitiert die afrikanische Bevölkerung bisher kaum: Viele afrikanische Staaten sind nach wie vor fast ausschließlich vom Export ihrer Rohstoffe abhängig. Ihre Volkswirtschaften sind kaum diversifiziert. Bodenschätze werden in der

Regel nicht in Afrika, sondern außerhalb des Kontinents weiterverarbeitet. So wird Erdöl nur zu einem geringen Teil in Afrika raffiniert. Und vielerorts profitiert von den Erlösen angesichts der Korruption und mangelhaften Finanzverwaltung nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Afrika ist immer noch der Kontinent, in dem prozentual die wenigsten Menschen **Zugang zu Strom und Energie** haben (so zum Beispiel selbst im öl- und gasreichen Nigeria). Die Infrastruktur ist oft veraltet, verfügt über einen geringen Wirkungsgrad und belastet die Umwelt.

Schwerpunkt deutscher Initiativen

Afrikanische Regierungen fragen verstärkt deutsche Technik und deutsches Wissen im Energiebereich nach. Seit der Ölpreis 2008 Rekordhöhen erreichte, interessieren sie sich besonders für Technologien für erneuerbare Energie und Beratung zu ihrer stärkeren Nutzung.

Deutschland teilt sich mit Österreich und Mauritius den Vorsitz der **Afrika-EU-Energiepartnerschaft** und setzt sich für eine verbesserte Energiekooperation mit unserem Nachbarkontinent ein. Die Energiepartnerschaft wurde unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft entworfen und auf dem zweiten Afrika-EU-Gipfel in Lissabon 2007 als Teil der

neuen Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie beschlossen. Übergeordnetes Ziel der Partnerschaft ist der verbesserte Zugang zu verlässlicher, bezahlbarer und klimafreundlicher Energie auf beiden Kontinenten. Mit Unterstützung der Kommissionen von EU und AU werden bis 2020 konkrete Maßnahmen zum **Ausbau der Energieinfrastruktur**, zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie zum Energiehandel umgesetzt. Mit Zusagen von über einer Milliarde Euro ist Deutschland zweitgrößter bilateraler Entwicklungspartner im Energiesektor in Afrika. Dabei geht es um die Verbesserung des Zugangs zu Energie, den Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung und die Förderung regionaler Strommärkte.

Ein Beispiel für das deutsche Engagement auf bilateraler Ebene ist die im Jahr 2007 vereinbarte deutsch-nigerianische Energiepartnerschaft. Nigeria sucht Unterstützung beim Aufbau einer verlässlichen Stromversorgung. Die deutsche Industrie bietet hier moderne Lösungen an. Deutschland wiederum versucht, seine Gaslieferungen zu diversifizieren. Nigeria hat große, noch weitgehend ungenutzte Reserven. In einer Reihe von Konferenzen haben beide Regierungen sowie deutsche und nigerianische Unternehmen konkrete Projekte identifiziert. Sie sollen

die Stromversorgung in Nigeria verbessern und Flüssiggasexporte aus Nigeria nach Deutschland erhöhen. Die Leistungen und die Zusammenarbeit der deutschen und der nigerianischen Energiewirtschaft ergänzen sich damit gegenseitig zum Nutzen beider Seiten.

Die Bundesregierung setzt sich für eine **nachhaltige Rohstoffwirtschaft** in den Produktionsländern, für die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, angemessene Arbeitsbedingungen, transparentes Wirtschaften und Rohstoffzertifizierung ein (zum Beispiel in der Demokratischen Republik Kongo). Sie unterstützt internationale Initiativen wie den Kimberley-Prozess und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Sie tritt ein für faire und transparente Rohstoffverträge, für Transparenz bei den Erlösen aus Rohstoffen sowie dafür, dass der Reichtum Afrikas seiner Bevölkerung zugute kommt.

Initiativen der Zukunft

1. Die Bundesregierung stützt das Engagement deutscher Unternehmen aus dem Energie- und Rohstoffsektor in Afrika verstärkt durch **Energie- und Rohstoffpartnerschaften**, die die Versorgung Deutschlands verbessern und gleichzeitig Afrikas Infrastruktur modernisieren und die

Umwelt entlasten. Wie zuvor mit Nigeria strebt Deutschland im Jahr 2011 eine Energiepartnerschaft mit Angola an.

2. Die Bundesregierung fördert effizientere afrikanische Energiesysteme, erneuerbare Energien und die Entwicklung von Niedrigemissionsstrategien in Afrika. Sie setzt sich vor allem für dezentrale Energieerzeugung ein. Gerade in dünn besiedelten, ländlichen Gebieten Afrikas mit hoher Sonneneinstrahlung und Biomasseproduktion liegen hier besondere Potenziale für **neue Energiesysteme**. Diese zählen zu den Kernkompetenzen der deutschen Wirtschaft. Deutschland ist hier in Afrika ein besonders geschätzter Partner.
3. Die Bundesregierung unterstützt den Aufbau bilateraler Energiepartnerschaften mit Nordafrika (zunächst vor allem mit Marokko und Tunesien). Durch sie profitieren Nordafrika und langfristig auch Deutschland von der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Dies schafft Arbeitsplätze in Nordafrika und ermöglicht Innovationen. Die Bundesregierung unterstützt die **DESERTEC-Initiative** deutscher, europäischer und nordafrikanischer Unternehmen. DESERTEC will Sonnen- und Windenergie in der Wüste Nordafrikas für die lokale Stromversorgung nutzen und langfristig Strom auch nach Europa exportieren.

WELTWEIT AM WENIGSTEN ENTWICKELTE LÄNDER IN AFRIKA



Weltweit 49 LDCs, davon 33 in Afrika,
15 in Asien und im pazifischen Raum und
eins in Lateinamerika

4. Die Bundesregierung unterstützt die Lieferung von Rohstoffen aus afrikanischen Staaten durch Garantien für „Ungebundene Finanzkredite“ und sichert damit deutsche Rohstoffinteressen mit langfristigen Lieferverträgen ab.

6. Nachhaltige und wissensbasierte Entwicklung: Neue Ansätze unterstützen

Ausgangsbedingungen

Entwicklung bedeutet die Verwirklichung der Menschenrechte, ein adäquates Einkommen, medizinische Versorgung, die Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln, soziale Absicherung, Bildung und Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben.

Deutsche Entwicklungspolitik will dazu beitragen, dass Globalisierung zu einer Chance für alle Menschen wird. Darum wird die Bundesregierung auch in Afrika vor allem in den Sektoren Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, gute Regierungsführung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung arbeiten. Ferner will die Bundesregierung die Beteiligung der Zivilgesellschaft sowohl in Deutschland als auch in den Partnerländern verbessern, das Engagement der Wirtschaft entwicklungspolitisch nutzen und die Sichtbarkeit und **Wirksamkeit der deutschen Entwicklungspolitik stärken**.

Grundlage eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses ist Wirtschaftswachstum. Dieses schafft die Voraussetzungen für andere Ziele wie Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit oder verbesserte Gesundheitsversorgung. Unsere **werteorientierte Entwicklungszusammenarbeit** soll den Afrikanerinnen und Afrikanern dabei helfen, ohne materielle Not selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihre produktiven Kräfte zu entfalten und ihr Leben zu gestalten.

Die Bundesregierung verknüpft ihre Entwicklungspolitik und ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Anforderungen an die eigenen Anstrengungen der Partnerländer und die **Effizienz der eingesetzten Mittel** („value for money“). Dabei orientiert sich die Zusammenarbeit an den Politiken und Systemen der Partnerländer und basiert auf internationaler Arbeitsteilung und Harmonisierung. Deutschland setzt damit wesentliche Ziele der Erklärung von Paris, der Accra-Agenda sowie des New Yorker Millennium-Entwicklungsziele-Gipfels vom September 2010 um.

Die Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent sind enorm: Zwar ist die Armut seit 1995 pro Jahr um 1 Prozent gesunken. Aber noch immer lebt jeder zweite Mensch in Afrika in absoluter Armut (Anteil

der Bevölkerung, der von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag lebt). Die Fortschritte bei den **Millennium-Entwicklungszielen** (unter anderem „Halbierung der weltweiten Armut und des Hungers bis 2015“) sind zwar so hoch wie auf keinem anderen Kontinent. Dennoch bleibt Afrika die mit Abstand ärmste Region der Welt. Landwirtschaft ist in Afrika zwar ein zentraler Wirtschaftszweig (mit 60 Prozent der Beschäftigten und einem Anteil von 17 Prozent am Bruttoinlandsprodukt), dennoch ist im subsaharischen Afrika der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung mit 30 Prozent weltweit am höchsten. Ein wesentlicher Grund liegt in der niedrigen Produktivität der Landwirtschaft.

HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria und andere Krankheiten führen im Verbund mit **unzureichenden Gesundheitssystemen** zu einer erheblich reduzierten Lebenserwartung, zu hoher Kinder- und Müttersterblichkeit und Verarmung: In einzelnen Staaten des südlichen Afrikas ist mehr als jeder fünfte Erwachsene mit dem HI-Virus infiziert. Mit rund 144 Todesfällen pro 1.000 Lebendgeburten (2008) hat das subsaharische Afrika die weltweit höchste Kindersterblichkeit. Südlich der Sahara haben 40 Prozent der Menschen keine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, 70 Prozent keinen Zugang zu

Sanitäreinrichtungen. **Bildung, Wissenschaft und Forschung** sind auch in Afrika entscheidende Triebkräfte für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Auf dem Kontinent ist die Analphabetenrate weltweit am höchsten: 29 Prozent der Männer und 46 Prozent der Frauen im subsaharischen Afrika können nicht lesen und schreiben. Der Mangel an ausgebildeten Fachkräften behindert Investitionen. Afrikanische Schulen, Universitäten und Forschungsinstitute müssen gestärkt werden, um das Fundament für die nachhaltige Entwicklung des Kontinents zu verbessern.

Die **Migration** aus dem afrikanischen Kontinent sowie innerhalb Afrikas dürfte aus demografischen, ökonomischen und ökologischen Gründen steigen. Es gilt daher, sowohl die Potenziale von Migration zu stärken als auch irregulärer Migration und Nachteilen wie der Abwanderung von qualifizierten Kräften („brain drain“) entgegenzuwirken. Auf Grundlage des EU-Gesamtansatzes Migration bringt sich die Bundesregierung aktiv ein in regionale Prozesse und Migrationsdialoge der EU mit afrikanischen Ländern und Institutionen. Akteure wie China, Indien oder Brasilien haben ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika in den vergangenen Jahren massiv erhöht. **Kooperationen zwischen Ländern**

des Südens spielen eine zunehmende Rolle. Im Rahmen von Dreieckskooperationen will auch Deutschland diese weiter befördern.

Schwerpunkt deutscher Initiativen

Zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele hatte deutsche Entwicklungszusammenarbeit 2009 weltweit ein Volumen in Höhe von ca. 8,6 Milliarden Euro. Deutschland ist damit weltweit **drittgrößter Entwicklungspartner**. Afrika ist mit 3,1 Milliarden Euro empfangener Leistungen die Schwerpunktregion. Die Bundesregierung hält an dem Ziel fest, bis 2015 die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Deutschland hat 2005 in Gleneagles mit den G8-Staaten die Verdoppelung der Unterstützung für Afrika zugesagt und ist hier auf gutem Wege. Die Bundesregierung wird dazu 50 Prozent der zur Verfügung stehenden regionalen Mittel für Afrika einsetzen. Hierbei ist die Verbesserung der **Wirksamkeit der Entwicklungspolitik** von besonderer Bedeutung.

Die Erhöhung der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik ist wichtiges internationales Ziel (Paris-Erklärung und Accra-Agenda). Die Bundesregierung als Unterzeichnerin der „Accra Agenda for Action“ trägt zu diesem Ziel bei, das sie auch in ihrer eigenen Ent-

wicklungspolitik weiter vorantreiben will. So wird die Entwicklungszusammenarbeit auf Grundlage der vergangenen Erfahrungen („**lessons learned**“) weiterentwickelt, in der Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen, europäischen und internationalen Partnern, nach Möglichkeit auch mit neuen Akteuren, bei Geberharmonisierung, Arbeitsteilung, Nutzung der Partnersysteme und Ausrichtung auf die Ergebnisse der Zusammenarbeit. Von unseren afrikanischen Partnern erwarten wir eine Führungsrolle bei der Ausrichtung der Zusammenarbeit und wachsende finanzielle Beteiligung mit eigenen Haushaltsmitteln. Ein erster Schritt der Reform unserer eigenen Systeme ist die Anfang 2011 vollzogene **Fusion der Durchführungsorganisationen** DED, GTZ und InWEnt zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Bundesregierung beachtet die internationalen Standards („best practices“) bei ihrer Entwicklungspolitik und trägt zur Fortschreibung dieser Standards bei.

Nachhaltige Entwicklung in Afrika erfordert eine regionale und kontinentale (wirtschaftliche und politische) Integration. Die Bundesregierung arbeitet daher verstärkt mit der AU und afrikanischen Regionalorganisationen bei der **Förderung kontinentaler Programme** zusammen, so in



Lokale Produktion von HIV-Medikamenten,
Demokratische Republik Kongo

den Bereichen Frieden und Sicherheit oder Infrastruktur. Deutschland ist einer der größten Anteilseigner der Afrikanischen Entwicklungsbank und einer der größten Beitragszahler des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Daneben beteiligt sich Deutschland maßgeblich an der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union, der Weltbank, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und an internationalen Initiativen zum Schuldenerlass (zum Beispiel die Highly Indebted Poor Countries Initiative, HIPC). Deutsche Entwicklungspolitik formt damit internationale Entwicklungspolitik.

Deutschland ist direkt in den für Armuts- und Hungerbekämpfung und die freie Entfaltung des Einzelnen und der Gesellschaft zentralen Schlüsselsektoren aktiv. Dazu zählen Gesundheit, Wasser, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung sowie Bildung, Forschung und Kultur.

Gesundheit

Das Engagement der Bundesregierung für **Gesundheit in Afrika** orientiert sich am afrikanischen Bedarf (festgehalten unter anderem in den Abuja- und Maputo-Deklarationen und der gemeinsamen Gesundheitsstrategie der AU). Hauptziel

der bilateralen Zusammenarbeit ist die Stärkung der afrikanischen Gesundheitssysteme. Die Bundesregierung hat im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft 2007 gemeinsam mit Frankreich die „Providing for Health“-Initiative zur sozialen Absicherung im Krankheitsfall angestoßen. Die Bundesregierung fördert maßgeblich Programme zur Reduzierung der Mutter-Kind-Sterblichkeit. Hierfür hat der G8-Gipfel 2010 in Muskoka eine Steigerung um 400 Millionen Euro bis 2015 zugesagt. Sie wird hauptsächlich durch die beim Millennium-Entwicklungsziele-Gipfel der Vereinten Nationen im September 2010 begonnene BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung“ umgesetzt. Deutschland unterstützt mit 200 Millionen Euro pro Jahr die Programme des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Durch ihn erhalten heute etwa 2,5 Millionen Menschen eine Aids-Therapie. 7,7 Millionen Menschen konnten mit Tuberkulosemedikamenten behandelt werden.

Wasser

Deutschland ist in Afrika der größte bilaterale Entwicklungspartner für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Seit 2003 hat die Bundesregierung durchschnittlich 90 bis 100 Millionen Euro pro Jahr für den **Wassersektor in Afrika** zur Verfügung gestellt, davon

ungefähr 70 Millionen Euro für die Trinkwasser- und Sanitärversorgung. Die Zusagen für Afrika sind in den letzten Jahren stark angestiegen, zuletzt auf fast 300 Millionen Euro im Jahr 2010. In Ländern wie Ägypten, Benin, Burkina Faso, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Mali, Marokko, Sambia, Südsudan, Tansania, Tunesien oder Uganda sind Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In diese Schwerpunktländer fließen mehr als 80 Prozent der deutschen Unterstützung für den Sektor.

Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung

Ländliche Entwicklung ist ein Schlüssel für Armutsminderung, Ernährungssicherung und Stabilität. Daher sind die Entwicklung ländlicher Räume und die Erhöhung von Investitionen in die nachhaltige Landwirtschaft wichtige Ziele. Die Bundesregierung fördert die entwicklungsorientierte Einbindung der Länder Afrikas in den weltweiten Agrarhandel bei gleichzeitiger Gewährleistung der lokalen Ernährungssicherung. Deutschland respektiert die auf dem G8-Gipfel in L'Aquila 2009 eingegangenen Verpflichtungen für Ernährungssicherung und ordnet seine Fördermaßnahmen in die von der AU entworfene panafrikanische

Landwirtschaftsstrategie („Comprehensive Africa Agriculture Development Programme“, CAADP) ein.

Grundbildung und Kultur

Noch immer können zu wenige Menschen in Afrika lesen und schreiben. Daher ist die Unterstützung des Bildungssektors in Afrika ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu gehört in erster Linie die Grundbildung.

Die Bundesregierung versteht kulturelles Engagement und Bildungsk Kooperation als elementaren Beitrag ihrer Afrikapolitik. Zentrales Element der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in Afrika bildet die Präsenz des Goethe-Instituts. Die „Aktion Afrika“ vertiefte das deutsche Engagement in Afrika und den Kulturaustausch weiter: Stipendienprogramme wurden ausgebaut, Spracharbeit, Schüleraustausch und Sportförderung intensiviert, Fachleute in Kultur und Medien qualifiziert und die akademische Zusammenarbeit sowie die Bildung von Netzwerken gestärkt. Das Kulturerhalt-Programm dient der Bewahrung historischer Kulturzeugnisse in Afrika. Mit der Partnerschulinitiative der Bundesregierung (PASCH) wird ein weltumspannendes Netz von Partnerschulen aufgebaut, 99 davon allein in Afrika. Die PASCH-Initiative weckt

Interesse für das moderne Deutschland und für die deutsche Sprache. Auch die Goethe-Institute in Afrika fördern das Interesse an der deutschen Sprache durch ihr breites Angebot an Sprachkursen. Derzeit lernen mehr als 700.000 junge afrikanische Männer und Frauen die deutsche Sprache.

Höhere Bildung und Forschung

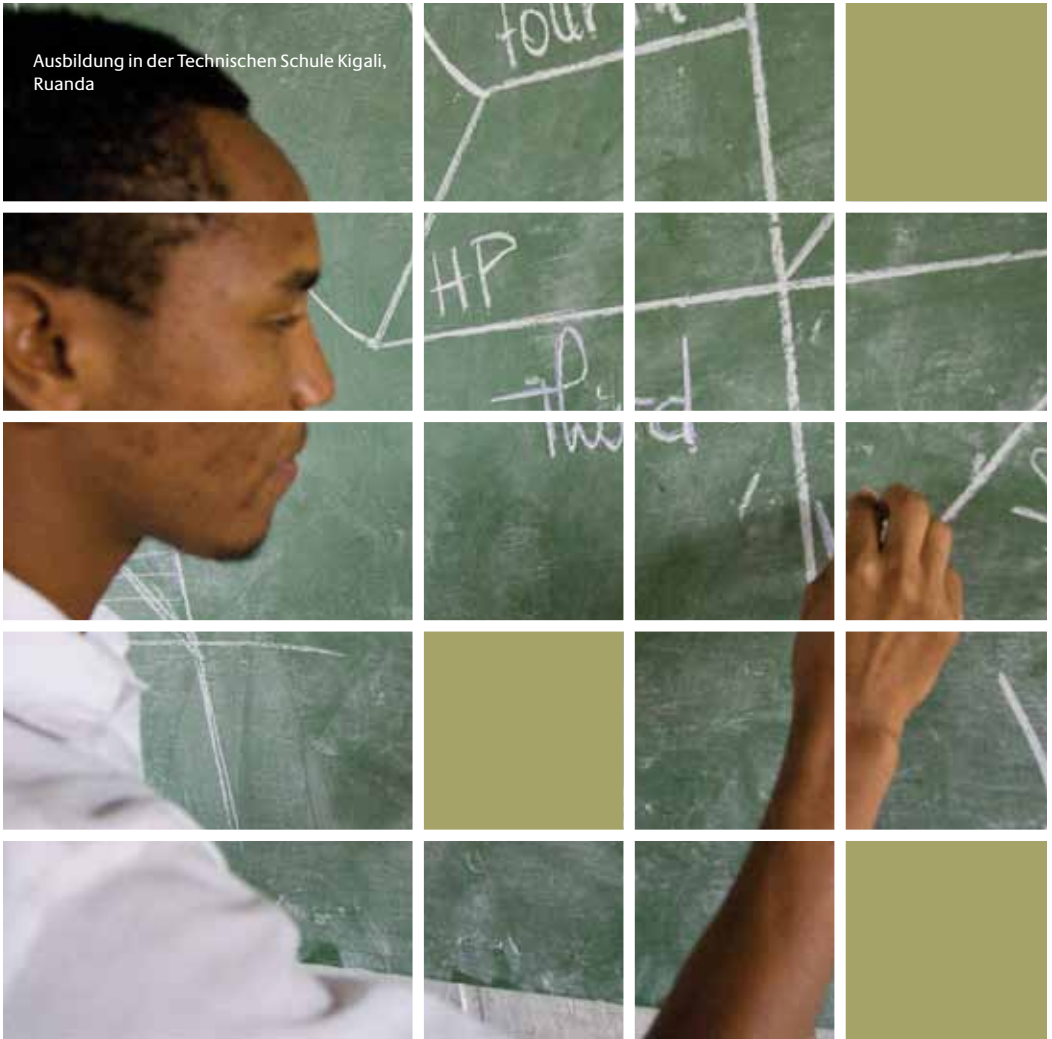
Leistungsfähige Bildungs- und Wissenschaftssysteme sind Garanten für nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung und Voraussetzung, um wissenschaftsbasierte Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu finden. Allerdings sind nationale Strategien in diesen Sektoren sowie damit einhergehende Investitionen in Bildung und Forschung seitens der afrikanischen Länder in der Regel unterentwickelt. Die Bundesregierung unterstützt interessierte Partner und Partnerinnen auf nationaler, regionaler und auch panafrikanischer Ebene beim **Ausbau der eigenen Wissensbasis** auf Grundlage eines partnerschaftlichen Kooperationsansatzes. Dabei haben die Entwicklung moderner Hochschulen und international vergleichbarer Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie problemlösungsorientierte **Forschungsk Kooperationen** eine besondere Bedeutung. Um die Maßnahmen verschiedener Akteure und Akteurinnen in den Bereichen Wissen-

schaft und Forschung zu koordinieren und Synergien zu erschließen, unterstützt die Bundesregierung Abstimmungsprozesse innerhalb der EU sowie mit internationalen Partnern wie zum Beispiel OECD und G8. Im europäischen Rahmen werden nationale und bilaterale Initiativen der Bundesregierung zu Wissenschaft und Forschung in die 8. Partnerschaft „Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Weltraum“ der Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie eingebracht.

Im Hochschulbereich gilt das besondere Augenmerk der Verbesserung der Lehre, dem Hochschulmanagement, der Entwicklung von Lehrplänen und der Förderung der Mobilität von Studierenden, Dozenten und Dozentinnen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Um die Chancengleichheit zu erhöhen, fördert Deutschland – zum Beispiel durch Stipendien und Mikrokredite – den Zugang marginalisierter Gruppen zu höherer Bildung.

Deutsche und afrikanische Universitäten haben in den vergangenen Jahren durch Verstärkung der Programme für Stipendien und Studienaufenthalte deutlich engere Verbindungen geknüpft. Der jährliche Lehrgang der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes fördert

Ausbildung in der Technischen Schule Kigali,
Ruanda



die **Ausbildung junger Diplomatinen und Diplomaten** aus Afrika und baut ein Netzwerk künftiger Entscheidungsträgerinnen und -träger mit Bezug zu Deutschland auf. Diese stark nachgefragten Kurse leisten einen Beitrag zur engeren Kooperation zwischen Deutschland und Afrika. Die Bundesregierung fördert daneben über den DAAD universitäre Fachzentren in Afrika. Diese bilden **afrikanische Führungskräfte** in Schlüsselbereichen aus – etwa in Mikrofinanz, Logistik oder Rechtswissenschaft. Mit gezielten Stipendien sollen ausgewählte Studierende aus Afrika ihre Qualifikationen weiterentwickeln. Beim geplanten Aufbau der Panafrikanischen Universität (PAU) arbeiten verschiedene Bundesministerien bereits bei der Planung zusammen.

Die **deutsche Forschungszusammenarbeit** hat in Afrika ihre traditionellen Schwerpunkte in Ägypten und Südafrika. Seit der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung von 2008 fördert die Bundesregierung die Zusammenarbeit in Bildung, Forschung und Wissenschaft auch verstärkt mit weiteren afrikanischen Ländern. Die Kooperation ist getrieben von den wissenschaftlichen Interessen der beteiligten Universitäten und Forschungsinstitute, Antworten auf Entwicklungsfragen in Afrika und auf globale Herausforderungen

wie Klima, Gesundheit, Ernährung und Ressourcenknappheit zu finden.

Die Bundesregierung misst der Förderung von Exzellenzzentren eine besondere Bedeutung bei. Hierzu gehört im naturwissenschaftlichen Bereich beispielsweise AIMS (African Institute for Mathematical Sciences). AIMS ist ein seit 2003 erfolgreich in Südafrika funktionierendes Zentrum, an dem vor allem mathematische, aber auch statistische und informationstechnologische Kompetenzen postgraduierter afrikanischer Elitestudenten und -studentinnen auf höchstem Niveau ausgebildet werden.

Die Bundesregierung unterstützt seit 2003 die europäische Forschungsinitiative „European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP)“, eine Initiative zur Erforschung neuer Therapien und präventiver Maßnahmen gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose zusammen mit afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Ergänzt wird diese Förderung durch die neu initiierte Unterstützung von Produktentwicklungspartnerschaften. Diese betreffen bessere Therapien zur Behandlung vernachlässigter Erkrankungen und Krankheiten, die aufgrund von Armut kaum behandelt werden, vor allem bei Neugeborenen, Kleinkindern und jungen Müttern.

Initiativen der Zukunft

1. Die Bundesregierung wird verstärkt afrikanische Partnerländer beim **Aufbau solidarischer, umfassender Gesundheitssysteme** unterstützen, um langfristig Zugang dazu auch für arme Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Dies umfasst die Ausbildung von Fachkräften, die Stärkung von Versicherungssystemen sowie das Finanzmanagement im Gesundheitswesen. Die Bundesregierung wird Forschungsnetzwerke zu gesundheitspolitisch besonders relevanten Krankheiten in Afrika fördern, um vorhandene **Strukturen der Gesundheitsforschung**, -ausbildung und -versorgung zu verbessern und supranational zu vernetzen.
2. Im Hinblick auf die wachsende Bevölkerung und die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels in Afrika wird die Bundesregierung auch in Zukunft besonders den Wasser- und Sanitärbereich fördern. Deutschland will bis 2015 insgesamt 30 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara den **Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung** ermöglichen.
3. Die Bundesregierung baut im westlichen und südlichen Afrika gemeinsam mit 15 afrikanischen Staaten regionale Kompetenzzentren für Klimawandel und angepasstes Landmanagement auf. Diese sollen die Expertise afrikanischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen stärken, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen der Menschen abzumildern.
4. Mit Projekten zur innovativen **Nutzung des landwirtschaftlichen Potenzials** wird sich die Bundesregierung zukünftig in ausgewählten afrikanischen Ländern engagieren. Ein wesentlicher Bereich wird die landwirtschaftliche Ausbildung sein, um die Produktivität und Nachhaltigkeit der Agrarwirtschaft zu erhöhen. Deutschland bekennt sich zu den internationalen Verpflichtungen für **Ernährungssicherung** und wird auf der Basis des neuen Konzepts „Ländliche Entwicklung und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“ sein Engagement im ländlichen Raum weiter steigern. Ergänzend soll die Anbindung der landwirtschaftlichen Produktion an regionale und globale Märkte unterstützt werden.
5. Die Bundesregierung wird, bezogen auf 2009, bis zum Jahr 2013 ihre Beiträge für **Bildungsmaßnahmen** in Afrika verdoppeln und in der Entwicklungszusammenarbeit die Zahl der Partnerländer mit einem Bildungsschwerpunkt erhöhen.
6. Die Bundesregierung unterstützt Afrika bei der Förderung seines großen Potenzials an jungen begabten Menschen. Sie will

den **Wissensaustausch mit Afrika** unter anderem durch die Förderung von Hochschulkooperationen und die Vergabe von Stipendien ausbauen. So wurde das deutsch-afrikanische Austauschprogramm „Go Africa... Go Germany...“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten von der Bundesregierung eingerichtet. Es dient zur Bildung von persönlichen Beziehungen und Netzwerken zwischen jungen afrikanischen und deutschen Frauen und Männern.

7. In der beruflichen Bildung engagiert sich Deutschland beim **Ausbau nationaler Berufsbildungssysteme**. Ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Qualität und Breite der Berufsausbildung in Afrika – auch zur Deckung des Bedarfs deutscher Unternehmen an qualifizierten Fachkräften in Afrika – ist die Unterstützung für deutsche Bildungsanbieter in Afrika.
8. Mit dem Ziel, Deutschland in **Afrika als zentralen Partner in Bildung und Forschung** sichtbar zu machen, sind Schwerpunktprojekte mit regionaler oder überregionaler Ausstrahlung in strategischen Forschungsbereichen geplant. Zum Beispiel fördert die Bundesregierung deutsch-afrikanische Partnerschaften für nachhaltige Problemlösungen und plant, den Ausbau von Forschung und Wissen-

schaft zu globalen Herausforderungen maßgeblich zu unterstützen. Über die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina wird der Wissensaustausch durch die Unterstützung von NASAC (Network of African Science Academies) und AAS (African Academy of Sciences) gefördert.

9. Im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften fördert die Bundesregierung den Aufbau eines **Kompetenzzentrums zur regionalen Integration Westafrikas** (WAI). Gemeinsam mit wichtigen west-afrikanischen Partnern wie ECOWAS soll das Zentrum der Entwicklung von Strategien zur Lösung unbewältigter Probleme der regionalen Integration in Westafrika dienen. Darüber hinaus soll das Zentrum dabei helfen, Forschungsergebnisse in politischen Nutzen zu übertragen.
10. Die Bundesregierung wird verstärkt auf die **Ergebnisse und Wirkungen der deutschen Entwicklungspolitik** achten und sich an der Weiterentwicklung einer effektiven globalen Architektur der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen.



IV. Einbettung der deutschen Afrikapolitik

1. Afrikapolitik auf europäischer und internationaler Ebene

Deutsche Afrikapolitik ist zu einem bedeutenden Teil europäische Afrikapolitik. Die **Gemeinsame Afrika-EU-Strategie** von 2007 ist ein zentraler Bezugsrahmen. Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik (2005) weist dazu die Gleichberechtigung der Geschlechter als gemeinsamen Wert und als eigenständiges Ziel aus. In Abstimmung mit der AU und den Vereinten Nationen leistet die EU durch ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie durch ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wichtige Beiträge für Frieden und Sicherheit in Afrika. Die institutionellen Neuerungen durch den EU-Vertrag von Lissabon (wie das Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Europäische Auswärtige Dienst) werden europäische Außen- und Sicherheitspolitik weiter stärken.

Die nordafrikanischen Mittelmeerländer Marokko, Tunesien, Ägypten und Algerien sind Teil der **Europäischen Nachbarschaftspolitik** (ENP) und Mitgliedsstaaten der Union für den Mittelmeerraum. Es gibt zudem eine NATO-AU-Kooperation und den bewährten

NATO-Mittelmeerdialog mit den afrikanischen Anrainern.

Deutschland bestreitet ungefähr ein Fünftel des gesamten EU-Haushalts und ist größter Beitragszahler des **Europäischen Entwicklungsfonds**. Die Bundesregierung will die europäische Afrikapolitik weiterhin aktiv mitgestalten. Sie wirkt verstärkt auf ein einheitlicheres Auftreten der EU gegenüber den Staaten Afrikas hin. Bereits jetzt prägt Deutschland in den EU-Gremien die europäische Afrikapolitik entscheidend mit. Durch eigene Konzepte zu Somalia, Sudan oder der Demokratischen Republik Kongo leistet die Bundesregierung Beiträge zur Formulierung europäischer Politik und wirkt an EU-Strategien mit, zum Beispiel zum Horn von Afrika oder der Sahel-Region.

Innerhalb der **Vereinten Nationen** legt die deutsche Afrikapolitik besonderes Augenmerk auf Frieden und Sicherheit, den Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts, nachhaltige Entwicklung, humanitäre Hilfe sowie Bildung und Forschung. Mit den im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungszielen haben die VN einen wichtigen Referenzrahmen geschaffen. An ihm orientiert sich auch die deutsche Entwicklungspolitik in Afrika.

Deutsche Afrikapolitik wirkt über die in den **G8** getroffenen Vereinbarungen. Afrika ist der einzige Kontinent, der auf den G8-Gipfeltreffen in den 2000er-Jahren durchgehend als eigener Themenbereich behandelt wurde. Um die Belange Afrikas im G8-Rahmen weiter voranzutreiben, ernannten die G8 Staats- und Regierungschefs Persönliche Afrikabbeauftragte. Diese beraten und unterstützen ihre Staats- und Regierungschefs in Fragen der Afrikapolitik. Auf dem Gipfel im kanadischen Kananaskis 2002 verabschiedeten die G8 erstmals einen Afrika-Aktionsplan, mit dem sie die Reforminitiative **Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung** („New Partnership for Africa’s Development“, NEPAD) und das Programm der AU unterstützen. Bei den darauf folgenden Gipfeltreffen, unter anderem in Heiligendamm 2007, wurde die Partnerschaft mit Afrika weiter intensiviert. Südafrika ist heute wie Deutschland Mitglied der G20.

2. Mit Afrika in multilateralen Foren
Globale Herausforderungen wie Klimawandel und weltweite Krisen machen eine enge Zusammenarbeit Deutschlands mit den – nach der Unabhängigkeit Südsudans – 54 Staaten Afrikas unerlässlich. Eine regelmäßige Abstimmung in internationalen Foren liegt im deutschen, afrikanischen und internationalen Interesse. Die afrika-

nischen Staaten streben auf internationaler Ebene nach **mehr Mitsprache**. Dies gilt für die Vereinten Nationen und ihren Sicherheitsrat ebenso wie für die internationalen Finanzinstitutionen. Gemeinsam mit den Staaten Afrikas setzt sich die Bundesregierung für eine **Reform der Vereinten Nationen** mit einer Erweiterung des VN-Sicherheitsrats auch um zwei ständige Sitze für afrikanische Länder ein. Sie erhofft sich ihrerseits afrikanische Unterstützung für einen ständigen deutschen Sitz im VN-Sicherheitsrat.

Die große Unterstützung aus Afrika für Deutschlands nichtständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat 2011/12 ist Beweis für das Vertrauen, das Deutschland in Afrika



Außenminister Guido Westerwelle und Entwicklungsminister Dirk Niebel mit dem südafrikanische Vizepräsidenten Kgalema Motlanthe in Pretoria, Südafrika

entgegengebracht wird. Die Bundesregierung will Afrikas internationale Anliegen unterstützen. Dazu zählen die **Weiterentwicklung des G8/G20-Systems**, die Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit, die Unterstützung der regionalen Institutionen in Afrika und ein verbesserter Zugang zu erschwinglichen Medikamenten gegen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria.

Deutschland unterstützt die Reform der Stimmanteile in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds mit einer Verschiebung von den Industrieländern hin zu aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern. In den internationalen Organisationen sollen die afrikanischen Länder ihr größer gewordenen politisches und wirtschaftliches Gewicht einbringen.

V. Deutsche Afrikapolitik – mit einer Stimme sprechen

Die Bundesregierung stellt durch **enge Zusammenarbeit** der Bundesministerien sowie des Bundes und der Länder eine einheitliche deutsche Politik gegenüber den Staaten Afrikas in den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, den G8/G20, der NATO, der Welthandelsorganisation, den internationalen Finanzorganisationen sowie in weiteren internationalen Foren sicher.

Die Bundesregierung achtet darauf, dass sich die beteiligten Ministerien bereits bei der Planung neuer afrikapolitischer Vorhaben eng abstimmen. Das Auswärtige Amt ist für **die Kohärenz deutscher Vorhaben** in Afrika und das geschlossene Auftreten in internationalen Organisationen zuständig. Für die Formulierung ihrer Politik binden die Bundesministerien die deutsche und die afrikanischen Zivilgesellschaften ein und kooperieren bei der Umsetzung mit ihnen. Dabei wird auf eine angemessene Teilhabe beider Geschlechter geachtet.

Die Bundesregierung will in ihrer Afrikapolitik einheitlicher agieren. Ziel ist eine größere Kohärenz der politischen Handlungsfelder Außen- und Sicherheitspolitik, Agrar-,

Handels-, Umwelt-, Bildungs-/Forschungs- und Entwicklungspolitik. Zu einzelnen Programmen und Politikbereichen sollen Steuerungskreise eingerichtet werden. Bei grundsätzlichen außenpolitischen Fragestellungen stellt das Auswärtige Amt die Kohärenz deutscher Politik sicher. Zudem sollen die vielfältigen Maßnahmen und Projekte der Länder künftig stärker mit der Afrikapolitik des Bundes abgestimmt werden.

Die Bundesministerien beachten den in diesem Dokument aufgeführten Rahmen deutscher Afrikapolitik. Sie gewährleisten damit, dass die deutsche Afrikapolitik in sich schlüssig ist, sich realistische Ziele setzt und den in diesem Konzept genannten Werten, Interessen und Zielen dient.

Bereits jetzt tauschen die beteiligten Bundesministerien jedes halbe Jahr Informationen zu aktuellen und geplanten Aktivitäten in Afrika aus und führen sie in einer Matrix zusammen. Dieses Werkzeug wird – bei Wahrung des im Grundgesetz festgelegten Ressortprinzips – systematisch ausgebaut, um die gemeinsame Planung der deutschen Initiativen zu stärken.

Ein weiteres wesentliches Ziel ist die fortlaufende **Kontrolle der Wirksamkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel der Afrika-**

politik. Die Bundesregierung wird dazu die Ergebnisorientierung der Afrikapolitik weiter verstärken. Die Bundesregierung misst die vorgestellten Ziele und die dafür eingesetzten Instrumente an den erzielten Ergebnissen. Dies gilt insbesondere für die Mittel der Entwicklungspolitik. Ziel bleibt die verbesserte Messbarkeit von entwicklungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Sollte sich abzeichnen, dass ein Ziel nicht erreichbar ist oder dass die eingesetzten Mittel nicht im angemessenen Verhältnis zum Ertrag stehen, wird die Bundesregierung ihr Engagement in diesem Bereich neu ausrichten.

VI. Ausblick:

Deutschland als Partner Afrikas

Afrika ist wichtig für Deutschland. Die verstärkte Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkontinent liegt im beiderseitigen Interesse. Die Staaten Afrikas sind unsere Partner: bei der Bewältigung der drängenden internationalen Probleme, bei der Schaffung und Wahrung von Frieden und Sicherheit, bei der Lösung globaler Fragen wie Klimawandel, Migration und Ernährungssicherung; als wirtschaftlicher Standort, dessen Märkte rasch

wachsen, mit einer immer breiteren Mittelschicht und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern; mit ihrer kulturellen und sozialen Vielfalt.

Wenn wir unsere Kräfte bündeln, werden Afrika und Deutschland im 21. Jahrhundert ihre gemeinsamen Potenziale zur Entfaltung bringen. Die Menschen in Afrika und Deutschland werden vom verstärkten Austausch in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur profitieren.



Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Krankenhaus für aidsranke Kinder in Kapstadt, Südafrika

GLOSSAR

AA

Auswärtiges Amt

Accra Agenda for Action

Aktionsplan von Accra; 2008 beschlossen. Im Sinne der internationalen Arbeitsteilung der staatlichen Geber wird die vielfältige Zusammenarbeit der Bundesministerien mit Regierungen und Institutionen in Afrika auch mit anderen Staaten sowie internationalen Institutionen abgestimmt. Damit soll der Aufbau paralleler Strukturen und Projekte vermieden werden.

African Peace and Security Architecture (APSA)

Die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur bildet den Rahmen für das Krisenmanagement in Afrika, Schlüsselgremium ist der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union.

African Peer Review Mechanism (APRM)

Freiwilliges Verfahren der gegenseitigen qualitativen Beurteilung der Regierungsführung afrikanischer Staaten im Rahmen der Afrikanischen Union (AU). Der APRM ist Teil der New Partnership for Africa's Development (NEPAD). Bislang sind dem APRM 26 Mitgliedsstaaten der AU beigetreten.

African Standby Force

Afrikanisches Bereitschaftskommando; militärischer Arm der Afrikanischen Union.

African Union (AU)

Afrikanische Union, internationale Organisation mit Sitz in Addis Abeba; 2002 aus der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) entstanden; 53 Mitgliedsstaaten.

Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)

Banken-Gruppe, die die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt in den afrikanischen Mitgliedsländern durch Vergabe von Krediten fördert. Gegründet 1964 mit Hauptsitz in Abidjan; 2003 wurde der Sitz temporär nach Tunis verlegt.

Afrikanischer Menschenrechtsgerichtshof

Afrikanischer Gerichtshof für Menschen- und Völkerrechte (African Court on Human and Peoples' Rights); Organ der AU und jüngste der regionalen Gerichtsinstitutionen, die die Einhaltung der Menschenrechte überwachen. Das Gremium wurde 2004 gegründet und nahm 2006 seine Arbeit auf. Sitz in Arusha (Tansania).

Aktion Afrika

Initiative des Auswärtigen Amts zur Verstärkung des kulturpolitischen Engagements in und mit Afrika (seit 2008).

AKP-Staaten

Gruppe von derzeit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten zur Koordination der wirtschaftlichen Verbindungen zur EU im Rahmen des Cotonou-Abkommens.

„Alles-außer-Waffen“-Initiative (AAW)

Präferenzabkommen, das die EU im Jahr 2001 mit den 50 weltweit am wenigsten entwickelten Ländern geschlossen hat; sichert allen Erzeugnissen aus diesen Ländern (außer Waffen) den zoll- und kontingentsfreien Zugang zum Markt der EU zu.

Atalanta

Operation EU Navfor Atalanta ist eine multinationale Marinemission der EU zum Schutz humanitärer Hilfslieferungen nach Somalia und der freien Seefahrt sowie zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias am Horn von Afrika.

Banjul-Charta

Die Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker wurde 1981 verabschiedet, trat 1986 in Kraft und wurde bis dato von 53 Staaten ratifiziert.

BMZ

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP)

Panafrikanische Strategie der NEPAD, die die landwirtschaftliche Produktivität in Afrika fördern soll.

Cotonou-Abkommen

Im Jahr 2000 zwischen der EU und der Gruppe der AKP-Staaten geschlossen. Es enthält Bestimmungen über günstige Zollkonditionen für die AKP-Staaten beim Export ihrer Waren in die EU, aber auch weitergehende Aspekte aus dem Bereich der Entwicklungspolitik und der Menschenrechte.

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Weltweit größte Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern; gegründet 1925.

Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

2011 in der GIZ aufgegangen.

Dreieckskooperationen

Kooperationsprojekte zwischen einem Industrieland, einem Schwellenland und einen Entwicklungsland.

East African Community (EAC)

Ostafrikanische Gemeinschaft; gegründet 1999, fünf Mitgliedsstaaten, Sitz in Arusha.

Ecole de Maintien de la Paix (EMP)

Ausbildungszentrum zur Friedenserhaltung, 1999 gegründet, Sitz in Bamako.

Economic Community of West African States (ECOWAS)

Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten; gegründet 1975, 16 Mitgliedsstaaten, Sitz in Abuja.

Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Programm der Europäischen Union zur Vertiefung der Beziehungen mit unseren Nachbarn am östlichen Rand von Europa, in der Mittelmeerregion und im Nahen Osten.

European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP)

Initiative zur Erforschung neuer Therapien und präventiver Maßnahmen gegen HIV/Aids, Malaria und Tuber-

kulose gemeinsam mit afrikanischen Ländern südlich der Sahara, gegründet 2003.

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft EITI tritt weltweit für mehr Transparenz von Geldflüssen im Zusammenhang mit Bodenschätzen ein. Sie wurde 2002 in Johannesburg gegründet. Die Bundesregierung ist Mitglied im globalen EITI-Aufsichtsrat und unterstützt die Initiative politisch und finanziell.

Food and Agriculture Organisation (FAO)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation; Sonderorganisation der Vereinten Nationen; 1945 gegründet; Sitz in Rom.

Forest Carbon Partnership Facility (FCPF)

Eine weltweite Partnerschaft, die seit 2008 daran arbeitet, die Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern zu reduzieren.

G8

Der Gruppe der Acht (G8) gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika an. Außerdem ist die Europäische Kommission vertreten. Die Staats- und Regierungschefs der Gruppe treffen sich seit der Gründung 1975 zu jährlichen Gipfeln. Themen sind die globale Wirtschaftspolitik, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sowie Klima- und Umweltpolitik.

G8-Afrika-Aktionsplan

Die G8 bekräftigten unter deutscher Präsidenschaft im Jahr 2007 ihre Verpflichtungen von Gleneagles (2005), insbesondere die offizielle Entwicklungszusammenarbeit für Afrika um 25 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2010 zu erhöhen und damit gegenüber 2004 zu verdoppeln.

G20

Der Gruppe der Zwanzig (G20) gehören die wichtigsten 19 Industrie- und Schwellenländer sowie die EU an. Angesichts der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise wurde im Herbst 2008 ein Gipfelformat

der Staats- und Regierungschefs auf Ebene der G20 eingerichtet. Die G20-Gipfel haben eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise gespielt. Sie bilden nach dem Willen der Teilnehmer das führende Forum zu ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Gemeinsame Afrika-EU-Strategie

Die Europäische Union und die Staaten Afrikas haben ihre Beziehungen 2007 mit der gemeinsam erarbeiteten und auf dem Gipfel in Lissabon verabschiedeten Strategie auf eine neue Grundlage gestellt. Ziel ist eine politische Partnerschaft, die traditionelle Geber-Empfänger-Muster überwindet und neue Chancen und globale Herausforderungen in den Blick nimmt. Zur Umsetzung werden Aktionspläne mit einer Laufzeit von jeweils drei Jahren aufgelegt.

Germany Trade and Invest (GTAI)

Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing; eine dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zugeordnete GmbH, deren Aufgabe das Marketing für den Standort Deutschland ist.

GIZ

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit; staatliche Entwicklungszusammenarbeitsorganisation der Bundesrepublik Deutschland; am 01.01.2011 aus der Verschmelzung von GTZ, InWEnt und DED hervorgegangen.

GSVP

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU; mit dem Vertrag von Nizza 2001 als Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) eingeführt; mit dem Vertrag von Lissabon 2007 in GSVP umgewandelt.

GTZ

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit; 2011 in der GIZ aufgegangen.

Gute Regierungsführung

(„Good Governance“); Prinzipien der guten Regierungsführung; beinhalten unter anderem

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit.

Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative

Die 1996 beschlossene Schuldenerlassinitiative HIPC hat zum Ziel, die Auslandsverschuldung der weltweit ärmsten Staaten auf ein langfristig tragfähiges Niveau zu senken. Diese Länder sollen dadurch mehr finanziellen Spielraum für die Bekämpfung von Armut erhalten.

Horn von Afrika

Bezeichnung für die Region an der Ostspitze Afrikas, umfasst Äthiopien, Somalia, Eritrea und Dschibuti.

Intergovernmental Authority on Development (IGAD)

Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde; gegründet 1996 mit Sitz in Dschibuti, derzeit sechs ostafrikanische Mitgliedsstaaten (Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan, Uganda).

Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung

Nationale, ressortübergreifende Strategie zur Unterstützung der Internationalisierung von Bildung und Forschung. 2008 beschlossen.

International Labour Organisation (ILO)

Internationale Arbeitsorganisation, Sonderorganisation der VN seit 1946, 182 Mitgliedsstaaten.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Sonderorganisation der Vereinten Nationen; fördert und überwacht internationale Währungs-, Wechsel-, Kredit- und Geldpolitik; gegründet 1944; Sitz in Washington.

InWEnt

Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH; 2011 in der GIZ aufgegangen.

Kimberley-Prozess

Der Kimberley-Prozess wurde im Mai 2000 ins Leben gerufen und hat mittlerweile über 70 Teilnehmer. Ziel ist es, über staatliche Herkunftszertifikate den Handel mit sogenannten Blutdiamanten zu verhindern.

Als Blutdiamanten werden geschmuggelte Diamanten bezeichnet, mit deren Verkauf Kriege und Rebellen finanziert werden.

Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC)

Sitz in Accra; Forschung und Ausbildung für friedenserhaltende Operationen, gegründet 1998.

Maputo-Protokoll

Zusatzprotokoll zu der 1986 verabschiedeten Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker (Banjul-Charta); 2003 von den 53 Mitgliedsstaaten der AU in Maputo verabschiedet, 2005 in Kraft getreten. Bekräftigt Rechtsansprüche zum Schutz und Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen.

Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs)

Im Jahr 2000 verabschiedeten 189 Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung und verpflichteten sich damit auf gemeinsame, verbindliche Ziele. Hieraus abgeleitet wurden im Jahr 2001 acht Millenniumsentwicklungsziele, so zum Beispiel die Halbierung von absoluter Armut und Hunger bis 2015. Sie stellen den wichtigsten internationalen Referenzrahmen für Entwicklungspolitik und globale Zukunftssicherung dar.

Nagoya-Protokoll zum Zugang zu genetischen Ressourcen

2010 abgeschlossenes internationales Umweltabkommen im Rahmen der UN-Konvention über biologische Vielfalt, das vor allem die Ressourcenausbeutung von Entwicklungsländern verhindern soll.

New Partnership for Africa's Development (NEPAD)

Programm der Afrikanischen Union, das auf die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Afrikas zielt. 2001 in Lusaka beschlossen.

North Atlantic Treaty Organization (NATO)

Militärisches Verteidigungsbündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten; 1949 gegründet; 28 Mitgliedsstaaten.

OECD

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; gegründet 1961; 32 Mitgliedsstaaten; Sitz in Paris.

Official Development Assistance (ODA)

Offizielle Entwicklungszusammenarbeit; Summe der finanziellen Beiträge staatlicher Stellen (einschließlich Ländern und Gemeinden), die für Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen zur Verfügung gestellt werden.

OPEC

Organisation Erdöl exportierender Länder, gegründet 1960, Sitz in Wien.

Palermo-Konvention

Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 15.11.2000 gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Zusatzprotokolle gegen den Menschenhandel, gegen die Schleusung von Migranten sowie gegen unerlaubte Herstellung von und Handel mit Feuerwaffen.

Panafrikanisches Parlament

Parlamentarisches Organ der AU mit 265 Abgeordneten aus allen Mitgliedsstaaten; keine Gesetzgebungsbefugnisse, sondern nur beratende Funktion. 2004 eingerichtet.

Panafrikanische Universität (PAU)

Von der AU seit 2009 geplante, überregionale Einrichtung, die das Ziel verfolgt, Wissenschaft und Technologie auf dem afrikanischen Kontinent zu fördern, Forschung und Entwicklung besser zu vernetzen und die allgemeine und berufliche Bildung zu stärken. Die PAU soll fünf verschiedene Standorte in Afrika mit unterschiedlichen Fachbereichen erhalten.

Paris-Erklärung

Eine von über 100 Vertretern von Entwicklungsbanken und -organisationen, Geber- und Partnerländern 2005 unterzeichnete Erklärung, die das Ziel hat, Entwicklungszusammenarbeit effizienter zu gestalten und Armut schneller und wirksamer zu bekämpfen.

PASCH-Partnerschulen

Die Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ wurde 2008 vom Auswärtigen Amt ins Leben gerufen und verbindet circa 1.500 Auslandsschulen mit besonderem Verhältnis zu Deutschland.

„Providing for health“-Initiative

Gemeinsam mit Frankreich, der WHO, der ILO und der Weltbank unterstützt Deutschland die Partnerländer dabei, ihre Gesundheitswesen auszubauen und nachhaltig zu finanzieren. Ziel ist es, Verarmung aufgrund von Gesundheitsausgaben zu vermeiden und für alle zugängliche Gesundheitsdienste einzurichten.

Public-Private-Partnerships

Zusammenwirken von Staat und privater Wirtschaft bei Vorhaben, die einen im öffentlichen Interesse liegenden Nutzen erbringen und gleichzeitig im Interesse der beteiligten Unternehmen liegen.

Regional Peacekeeping Training Center

Regionales Trainingszentrum für Friedenserhaltung mit Sitz in Simbabwe; Teil der SADC; 1995 gegründet.

Sahel-Region

Auch Sahel genanntes Gebiet zwischen der Sahara und den südlicheren Klimazonen, erstreckt sich von Mauretanien, Senegal, Mali, Burkina Faso und Niger bis nach Eritrea und dem Nordsudan.

Southern African Development Community (SADC)

Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrikas; gegründet 1992 mit Sitz in Gaborone; 15 Mitgliedsstaaten.

Union für den Mittelmeerraum

Auch Mittelmeerunion genannt, Gemeinschaft zwischen den Mitgliedsstaaten der EU, den Mittelmeeranrainerstaaten sowie den an diese angrenzenden Staaten Mauretanien und Jordanien, gegründet 2008.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, eine der 19 rechtlich selbst-

ständigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Sitz in Paris (Frankreich). Derzeit sind 193 Staaten in der UNESCO vertreten.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten zur Neuregelung der wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Handelsbeziehungen auf eine WTO-konforme Grundlage zu stellen, Handelsbarrieren abzubauen und regionale Kooperation zu verstärken. Auch EPA genannt. Vertragliche Grundlage ist das Partnerschaftsabkommen der EU und der AKP-Staaten aus dem Jahr 2000 (Cotonou-Abkommen).

World Trade Organisation

Welthandelsorganisation; gegründet 1995, Sitz in Genf; befasst sich mit der Regelung weltweiter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Die WTO ist neben dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen für das System der Weltwirtschaft.

Bildnachweis

Panos Pictures/Visum: Titel

Akio Anaru/F1 ONLINE: Titel

Wolfgang Kumm/dpa: Titel

Agenda:

Jörg Böthling: Seite 14, 32

Karin Desmarowitz: Seite 48

Auswärtiges Amt: Titel, Seite 68

Bundesregierung:

Bergmann: Seite 61

dpa:

picture-alliance/dpa: Seite 30

picture alliance/landov: Seite 56

epa:

Jon Hrusa: Seite 12

GlZ:

Abuja: Seite 26

imagertrust:

Dirk Gebhardt: Seite 52

Photothek:

Ute Grabowsky: Titel, Seite 10, 36

Thomas Imo: Seite 20

Thomas Trutschel: Seite 58

Impressum

Herausgeber

Auswärtiges Amt
Referat Öffentlichkeitsarbeit (608)
Werderscher Markt 1, 10117 Berlin
Tel.: +49 30 5000-0
Fax: +49 30 5000-34 02
www.auswaertiges-amt.de
poststelle@auswaertiges-amt.de



In Zusammenarbeit mit dem:

Bundesministerium des Innern
Bundesministerium der Justiz
Bundesministerium der Finanzen
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Bundesministerium der Verteidigung
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Bundesministerium für Gesundheit
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Bundesministerium für Bildung und Forschung
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Gestaltung

indi(go Kommunikationsdesign, Berlin)